Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 152. Montag, den 2. Juli 1917. 24. Jahrg.

Zur neuen Kreditvorlage.

Dem in dieser Woche wieder zusammentretenden Reichstage wird die Aufgabe gestellt, über eine neue Kreditvorlage Beschluß zu fassen. Es wird ein weiterer Kriegskredit in Höhe von 15 Milliarden Mark gefordert. Die bisherigen Kriegskredite beliefen sich auf 79 Milliarden Mark. Mit dem neu beantragten Kredit steigt die Kriegsschuld auf den ungeheuren Betrag von 94 Milliarden.

Die Forderung der neuen Kriegskredite legt auch der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages wiederum die Verpflichtung auf, die gesamte Lage aufs ernsteste zu prüfen.

Wenn die Bewilligung neuer Kriegskredite ein Eintreten für den Krieg bedeuten könnte oder wenn durch sie eine Verlängerung des Krieges herbeigeführt würde, so gäbe es in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kein einziges Mitglied, das sich zu der Bewilligung verstehen würde. Die Fraktion, ebenso wie unsere gesamte Partei, setzt seit langem ihre ganze Kraft ein, um den Frieden zu erringen. Wir taten alles, was in Menschenkraft steht — hierzulande wie in Stockholm —, um dem Blutvergießen und den unendlichen Leiden des Krieges ein Ende zu bereiten. Würde die Ablehnung der Kriegskredite dem Frieden dienlich sein, so wäre sie für uns eine Selbstverständlichkeit. In Wirklichkeit jedoch stehen auch heute noch die Dinge umgekehrt: die Ablehnung der Kriegskredite würde nicht die schnellere Beendigung des Krieges bringen, vielmehr eine noch ungeheuerlichere Steigerung der Kriegsleiden und die denkbar schwerste Gefahr für unser Land und alle seine Zukunft.

Wir sind mit der Politik der deutschen Reichsleitung durchaus nicht einverstanden. Der Reichskanzler hat der neuen Situation, die durch die russische Revolution eintrat, nach unserer Ueberzeugung nicht in genügendem Maße Rechnung getragen. Er hat zwar bei den Reichstagsdebatten um Mitte Mai nach Osten gewendet die Bereitschaft zu einem Frieden bekundet, wie er von den russischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten gefordert wird. Er hat aber — und durch verschiedene Aeußerungen der „Norddeutschen Allgem. Zeitung" wurde der Eindruck verstärkt — eine Unklarheit darüber bestehen lassen, wie er über den Friedensschluß mit den Weststaaten denkt. Er begründet seine undeutliche und ausweichende Haltung mit dem an sich richtigen Hinweis auf die fortdauernd friedensfeindliche Haltung Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas. Er beging dabei aber den Fehler, die Wirkungen seines Verhaltens einerseits auf die Kreise der russischen Revolution, andererseits auf die Völker der Weststaaten völlig falsch einzuschätzen. Infolge des Verhaltens der Reichsleitung konnte in Rußland die irrtümliche Ansicht entstehen, als gehe Deutschland auf einen Sonderfrieden mit Rußland aus, u mdann um so schroffer gegen den Westen losschlagen zu können. Ebenso gab die Haltung der Reichsleitung den Kriegstreibern in London und Paris Möglichkeiten an die Hand, die Friedensbewegungen in ihren Ländern zu schwächen und niederzuhalten.

Wir müssen weiter aussprechen, daß nach unserer Auffassung die Haltung des Reichskanzlers, noch mehr als durch den oben erwähnten Hinweis auf das feindliche Ausland, durch Rücksichtnahme auf die alldeutschen Kreise bestimmt wurde. Es ist ein Unglück unseres Landes, daß noch immer einflußreiche Kreise vorhanden sind, die die Lage des Landes nicht erkennen und von ihrem unerfüllbaren Eroberungs- und Entschädigungsgedanken nicht lassen wollen, die vielmehr — nicht selten auch unter besonderem Schutze von Behörden — eine erbitterte Agitation gegen die Vertreter des Verständigungsfriedens betreiben. Der Kanzler aber, der gleichfalls von diesen alldeutschen Kreisen wegen seiner Friedenspolitik aufs äußerste bekämpft und mit Sturz bedroht wird, konnte nicht zu dem Entschluß gelangen, sich restlos von den Alldeutschen loszusagen und sich in völliger Eindeutigkeit zum allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen zu bekennen.

Die Zeit ist erfüllt, wo die letzten Schleier fallen, wo die Illusionen der Eroberungspolitiker hüben wie drüben zu Grabe getragen werden müssen. Das deutsche Volk leidet schwer und der **Gedanke an einen vierten Kriegswinter birgt Gefahren in sich, die unermeßlich sind.** Soll der vierte Kriegswinter verhindert werden, so ist auf deutscher Seite nichts zu versäumen, was dazu geeignet sein kann. Wir fordern daher aufs eindringlichste, daß die **Reichsleitung** die **Friedensbereitschaft,** die sie tatsächlich hegt, nunmehr auch **ohne diplomatische Schnörkel und ohne jede Verschleierung hell und klar und nach allen Seiten zum Ausdruck bringt.**

Nicht minder ist es ein Gebot der Zeit, daß die Reichsleitung in den Fragen der inneren Politik sich eines Besseren besinnt. Wohl ist die Osterbotschaft des Kaisers erfolgt, die die Beseitigung des Klassenwahlrechts in Preußen feierlich in Aussicht stellt. Aber auch diese Botschaft enthielt noch Anlässe zu Zweifeln, wie sie gemeint sei, und im übrigen sind mächtige Kreise am Werke, um die innere Neuordnung jetzt und in Zukunft zu verhindern. So bestehen Mißtrauen und Verstimmung in den weitesten Kreisen des Volkes. Durch die Haltung, die einzelne Regierungen in jüngster Zeit gezeigt haben, sind Mißtrauen und Verstimmung weiter verbreitet und vertieft worden. Weiteste Kreise des Volkes, die durch die bitteren Mängel im Ernährungswesen seit langem aufs schwerste leiden und durch die immer wiederkehrende Nichterfüllung von Zusagen aufs äußerste verstimmt sind, verlieren den Glauben an die Ehrlichkeit der Zusagen auch auf dem Gebiete der politischen Neuordnung. Wie lange noch wollen die leitenden Stellen sich durch den Widerstand der Bevorrechteten einschüchtern lassen und dem Volke zumuten, alle Leiden des Krieges weiter zu tragen, während die Rechte, auf die sie Anspruch haben, völlig im Ungewissen bleiben? Auch hier — wir sprechen es aus ernstester Ueberzeugung aus — ist Gefahr im Verzuge. Allzuoft wurde verzögert und verschleppt. Es geht nicht weiter so. Ein Volk, das fast drei Kriegsjahre so heldenhaft ringt und dem man noch immer keine sichere Aussicht auf Frieden geben kann, ihm muß endlich durch die Tat der inneren Neuordnung der Mut gestählt und das sonst schwindende Vertrauen gesichert werden.

Dürfen die schweren Fehler der Reichsleitung aber dazu führen, daß die sozialdemokratische Fraktion die Kriegskredite verweigert? Wir sagen: Nein! Unsere Partei hat ihre Zustimmung zu den Krediten niemals von irgendwelchen Rücksichten auf die Regierung beeinflussen lassen. Wir haben unsere Kriegspolitik eingerichtet **ausschließlich nach den Lebensinteressen unseres Landes, unseres Volkes,** von dem die Arbeiterschaft ein wichtigster Teil ist, deren Wohl und Zukunft zu schützen unsere besondere Aufgabe ist. Wir haben stets erklärt: Wenn die Gegner zum Frieden bereit sind, so muß er ohne Verzug geschlossen werden. Aber wir stehen vor der bitteren Tatsache, daß die Weststaaten, voran England, auch jetzt den Frieden nicht wollen, sondern die Fortsetzung des Krieges, weil sie hoffen, den längeren Atem zu behalten und ihre Eroberungs- und Vernichtungspläne schließlich doch zur Durchführung zu bringen. Würden sich England und Frankreich so zum Frieden bereit erklären, wie es die Mittelmächte taten, und würden die Mittelmächte gleichwohl den Krieg fortführen und alldeutschen Plänen nachjagen wollen, so würden nicht nur keine Mitel bewilligt werden dürfen, es müßte der Kampf aufs äußerste unternommen werden. Aber die Dinge liegen so, wie es Präsident Wilson überaus deutlich in seiner letzten Botschaft an Rußland ausgeführt hat: Deutschland möchte wohl den Frieden mit status quo ante (Zustand wie vorher) haben, das soll aber nicht sein, es muß „Entschädigungen" und „Wiedergutmachungen" leisten. Wie die Staatsmänner Englands, wie Herr Ribot noch vor kurzem gegen den Frieden gesprochen haben, ist in jedermanns Erinnerung. Denjenigen Sozialisten, die zur Stockholmer Friedensarbeit aufbrechen wollten, wurden die Pässe verweigert. Und die Mehrzahl der Sozialisten selbst in jenen Ländern hat sich gleichfalls noch immer nicht zu dem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen hindurchgerungen. Haben doch auch soeben erst wieder die französischen Sozialisten mit ganz vereinzelten Ausnahmen das Budgetprovisorium der Regierung Ribot bewilligt.

Unter solchen Umständen würde die Ablehnung der Kredite keineswegs den Frieden fördern, im Gegenteil die immer tiefer sinkende Hoffnung der Gegner auf die innere Zerrüttung Deutschlands gewaltig betreiben und sie erst recht zur Fortsetzung des Kriegs anspornen. Was andererseits die Ablehnung der Kredite für unsere inneren Verhältnisse bedeuten würde, das bedarf wohl keiner weiteren Darlegung.

Die Lage Deutschlands ist heute so schwer und ernst wie je in diesem furchtbarsten aller Kriege. Was durch die russischen Ereignisse an Erleichterung gewonnen wurde, das droht durch den Eintritt Amerikas in den Krieg wieder aufgewogen zu werden. Unsere Partei hat unter diesen Verhältnissen die heilige Pflicht, an ihrer Losung festzuhalten: Wir lassen in der Zeit der Gefahr unser Land nicht im Stich! Zugleich aber fordern wir mit dem größten Nachdruck und unter Hinweis auf die höchsten Interessen des Landes und seiner Zukunft, daß die Reichsleitung zu klaren Entschlüssen gelangt sowohl in der Friedenspolitik, als in den Fragen der Volksrechte.

Die Kriegslage.

An der flandrischen und Arras-Front war bei ungünstiger Witterung und schlechter Sicht die Kampftätigkeit am 30. Juni gering. In der Gegend von Steenstraete brachte nach Durchschwimmen des Yser-Kanals in der Nacht zum 1. Juli eine Patrouille einen Belgier gefangen über den Kanal wieder zurück.

An der Aisne-Front versuchten die Franzosen am 30. Juni 8 Uhr abends in dreimaligen blutigen Stürmen vergeblich, die ihnen in der Gegend von Cerny auf der Vovelle-Hochfläche entrissenen Gräben wiederzugewinnen. Die Verwirrung beim Feinde war derart groß, daß in Ausnützung des abgeschlagenen Angriffs sich ein lippisch-westfälisches Regiment in den Besitz des Grabensystems von 1000 Meter Breite setzen konnte, das östlich an die Hochfläche anschließt. Stoßtruppsunternehmen eines rheinischen Regiments in der Gegend von Prunay brachte mit geringen eigenen Verlusten Gefangene und Schnelladegewehre ein und fügte dem Feinde schwere blutige Verluste zu.

Auf dem rechten Maas-Ufer wurde am 30. Juni in der Morgenfrühe ein starker feindlicher Gegenangriff auf die im Talgrunde zwischen der Höhe 304 und dem Toten Mann eroberten Gräben abgeschlagen. Nachmittags setzte starkes französisches Feuer auf die gesamten neuen deutschen Stellungen vom Walde von Avocourt bis in die Gegend von Fumieres ein, dem von 11 Uhr abends an die ganze Nacht hindurch feindliche Angriffe folgten. Im Sperrfeuer und in erbitterten Handgranatenkämpfen wurden sie abgewiesen. Nördlich von Avocourt drangen in der Nacht zum 1. Juli deutsche Patrouillen bis in den zweiten französischen Graben vor. Sie fanden diesen geräumt und kehrten ohne Verluste zurück. Auch auf dem Ostufer der Maas wurden bei Patrouillenunternehmen Gefangene eingebracht.

An der galizischen Front setzten die Russen am 30. Juni nach starkem Zerstörungsfeuer, das den ganzen Tag anhielt, zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags von südlich Zborow bis nordwestlich Padhajcze zum Angriff an. Drei starke Sturmwellen brachen hintereinander im Sperrfeuer zusammen. Lediglich an einer Stelle verhalf Minensprengung den Russen zu einem vorübergehenden Eindringen in unseren vordersten Graben. Ein sofortiger Gegenstoß warf sie jedoch wieder hinaus. In der Nacht flaute das Artilleriefeuer etwas ab, setzte jedoch am 1. Juli morgens in allen Angriffsräumen mit erneuter Heftigkeit wieder ein.

Hiernach scheint es also tatsächlich den Alliierten gelungen zu sein, die Russen wieder zum aktiven Eingreifen zu veranlassen. An der galizischen Front sind die russischen Truppen vorgegangen; ob sie es aber an allen Fronten tun werden? Wir möchten das stark bezweifeln.

Im übrigen möchten wir noch bemerken, daß die Russen in ihren Heeresberichten behaupten, die Deutschen und Oesterreicher seien an der galizischen Front die Angreifer gewesen.

WTB. Großes Hauptquartier, 1. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Regen und Dunst blieb an der ganzen Front in fast allen Abschnitten das Feuer gering. Einige Erkundungsgefechte verliefen für unsere Aufklärer erfolgreich.

Bei der

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

versuchten die Franzosen vergeblich, die von unseren Truppen am Chemin des Dames und auf dem westlichen Maas-Ufer erkämpften Geländevorteile zurückzugewinnen. Oestlich von Cerny griff der Feind nach kurzer Feuersteigerung dreimal die auf der Hochfläche südlich des Gehöftes La Vovelle eroberten Gräben an. Alle Angriffe wurden blutig abgewiesen. Die Verwirrung beim Gegner und die Ablenkung seiner Aufmerksamkeit ausnützend, stürmten lippische Bataillone weiter östlich die französischen Linien bis zur Straße Ailles—Paissy.

Durch diesen Erfolg erhöht sich die Zahl der von der oft bewährten westfälischen Division in drei Gefechtstagen gemachten Gefangenen auf 10 Offiziere und über 650 Mann.

Auf dem Westufer der Maas versuchten die Franzosen in mehrfach wiederholten Angriffen uns aus den an der Höhe 304 und östlich gewonnenen Gräben herauszuwerfen. Im Sperrfeuer und in erbitterten Handgranatenkämpfen wurden sie abgewiesen.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Auf Drängen der führenden Entente-Mächte hat sich die russische Regierung nicht entziehen können, einen Teil des Heeres zum Angriff zu bewegen.

Nach tagsüber andauerndem Zerstörungsfeuer gegen unsere Stellungen von der oberen Strypa bis an die Narajowka erfolgten nachmittags kräftige Angriffe russischer Infanterie auf einer Front von etwa 30 Kilometern. Die Sturmtrupps wurden überall durch unser Abwehrfeuer zu verlustreichem Zurückfluten gezwungen. Auch nächtliche Vorstöße, bei denen die Russen ohne Artillerievorbereitung ins Feuer getrieben wurden, brachen beiderseits von Brzezany und bei Zwyzyn erfolglos zusammen.

Der Feuerkampf dehnte sich nordwärts bis an den mittleren Stochod, nach Süden bis nach Stanislau aus, ohne daß dabei dort auch angegriffen wurde.

Zwischen den Karpathen und dem Schwarzen Meer keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Auf dem rechten Ufer des Wardar schlugen bulgarische Vorposten bei Mcak Mah einen Angriff eines englischen Bataillons ab.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

*

WTB. Berlin, 1. Juli, abends. (Amtlich.)

Im Westen geringe Gefechtstätigkeit. Morgens ist ein englischer Angriff bei Lens gescheitert.

Im Osten führten Angriffe der Russen bei Koniuchy sowie zwischen Jwiu Lipa und Narajowka im Laufe des Tages zu neuen Kämpfen.

Wien, den 30. Juni. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Das in Galizien seit einigen Tagen zunehmende feindliche Artilleriefeuer hat sich seit gestern mittag in der Gegend von Brzezany und von Koniuchy zur größten Heftigkeit gesteigert. Wo es die Lage erfordert, antwortete unsere Artillerie mit kräftigem Vernichtungsfeuer. Ein bei Koniuchy angesetzter Infanterieangriff brach in unserem Sperrfeuer zusammen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Feindliche Flieger warfen in der Nähe von Triest mehrere Bomben ab. Auf dem Mant-Ortigara wurden bisher 12 erbeutete Geschütze eingebracht.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

*

Wien, 1. Juli. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In Ost-Galizien ist bei der Heeresgruppe des Generals von Böhm die Abwehrschlacht in vollem Gange.

Nach mehrtägiger Zunahme des Artilleriefeuers entbrannte auch gestern die Artillerieschlacht zu größter Heftigkeit; auch schwerste Geschütze haben eingegriffen.

Nachmittags setzten nördlich und südöstlich von Brzezany und bei Koniuchy starke Infanterieangriffe ein, die überall vollkommen abgewiesen wurden; wo sich Teile der feindlichen Infanterie überhaupt in unserem Vernichtungsfeuer erheben konnten, blieben sie im Sperrfeuer liegen.

Ein in den späten Nachmittagsstunden nordwestlich Calocze eingesetzter sehr starker Angriff brach im vorzüglichen vereinten Artilleriefeuer zusammen.

Gegen Mitternacht versuchte der Feind südlich Brzezany ohne Artillerievorbereitung vorzubrechen, er wurde abgewiesen. Tagsüber flaute das Artilleriefeuer ab, um in den Morgenstunden wieder aufzuleben.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei der Isonzo-Armee drangen Sturmbataillone der ungarischen Heeresregimenter 71 und 72 nächst Vertoiba bis zur zweiten feindlichen Linie vor, wehrten dort zwei Gegenangriffe ab und brachten einen Offizier und 156 Mann als Gefangene ein.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

Frankreich und Belgien.

Die gegnerischen Heeresberichte.

Französischer Bericht vom 30. Juni, nachmittags: Nordöstlich Cerny erneuerten die Deutschen nachts ihre Angriffsversuche. Sie machten auf LaBovelle zwei starke Angriffe, wobei brennende Flüssigkeiten verwandt wurden. Nach lebhaftem Kampf faßten sie in einem durch die Beschießung vollkommen eingeebneten Vorsprung Fuß. Der Artilleriekampf war in der ganzen Gegend von Ancourt und am Toten Mann von äußerster Heftigkeit. Gestern machten wir gegen Ende des Tages westlich der Höhe 304 einen Gegenangriff, der uns einen Teil vorher vom Feinde eroberter Gräben zurückgab. Gleichzeitig eröffneten die Deutschen westlich vom Toten Mann auf einer Front von über zwei Kilometern eine starke Unternehmung. Unsere Soldaten leisteten den wütenden Angriffen der „Stoßtruppen" (eine vom französischen Generalstab gebrauchte deutsche Bezeichnung), die unser Feuer fast vernichtete, mit der größten Tapferkeit Widerstand. Der Feind, dem es zuerst gelungen war, auf der gesamten Front in unsere erste Linie einzudringen, wurde an den meisten Punkten durch unsere tatkräftigen Gegenangriffe zurückgedrängt, außer an den Hängen westlich des Toten Mannes, wo er sich behauptete. Wir machten 80 Gefangene, die vier Regimentern angehören. In der Champagne scheiterte ein kräftiger feindlicher Handstreich westlich der Navarin Fe. vollkommen.

Englischer Heeresbericht vom 30. Juni nachmittags: Außer der Eindringung von Gefangenen und Maschinengewehren hatten die Unternehmungen bei Lens ein wichtiges Vorschieben unserer ganzen Front in einer Breite von 4 Meilen und einer Tiefe von mehr als einer Meile zur Folge. Als Ergebnis unserer Angriffe wurde eine Reihe stark ausgebauter Verteidigungsanlagen auf beiden Ufern des Souchez-Flusses, die die Stadt Lens decken, genommen. Unsere Truppen erreichten jedesmal ihr ganzes Ziel unter geringen Verlusten und fügten dem Feinde beträchtliche Verluste zu. Stellungen von großer Stärke und taktischer strategischer Wichtigkeit sind in unsere Hand gefallen.

Abends: Unsere Truppen machten während des Tages südlich von Lens wieder Fortschritte und nahmen einen weiteren Teil des feindlichen Grabensystems in diesem Kampfgelände. Eine feindliche Streifabteilung wurde südöstlich von Pozzeuvcourt abgeschlagen. 19 deutsche Flugzeuge wurden zum Absturz gebracht. Von den unsrigen wird eins vermißt.

Rußland.

Gegen ihre Auflösung

protestiert die Duma. In einer privaten Zusammenkunft erklärte sie, daß sie nicht aufhören kann, als nationaler Vertreterkörper weiter zu fungieren und das Vaterland vor Gefahren zu schützen. Die Auflösung war bekanntlich vom Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen worden.

*

Die regierungstreuen Kosaken.

Wie nicht anders zu erwarten, erklärten die Kosaken auf ihrer Tagung, die Regierung zu unterstützen, damit diese im engen Bunde mit den Alliierten Rußland zu innerer politischer Freiheit führe.

*

Die weiblichen Arbeitskräfte Rußlands

sollen mobilisiert werden. Kerensky verlangt die Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Prüfung dieser Frage, um alle Kräfte in dieser schweren Krise, in der Rußland sich jetzt befindet, anzuspannen.

*

Friedenskundgebungen.

Der holländisch-skandinavische Ausschuß teilt mit, daß am 1. Juli in Petersburg und allen Städten Rußlands eine große Kundgebung stattfinden werde. In der Hauptstadt trifft die Kundgebung mit der Abreise der Abgeordneten des Arbeiter- und Soldatenrats nach Stockholm zusammen. Die Kundgebung wird die Wünsche der Arbeiter und Bauern nach einem allgemeinen Frieden, schnelle Einberufung der verfassunggebenden Versammlung und Sicherung der demokratischen Form gegen die Reaktion zum Ausdruck bringen. Die Petersburger Garnison beschloß, nur an Kundgebungen, die vom Arbeiter- und Soldatenrat gebilligt sind, teilzunehmen. Die Garnison mißbilligt die Kundgebungen der Bolschewiki.

*

Die innere Lage Rußlands.

Eine Privatmeldung aus Stockholm besagt: Die provisorische Regierung hat im Verein mit dem Arbeiter- und Soldatenrat mit der Niederkämpfung der Sonderrepubliken im Innern Rußlands begonnen. Als erste kam die Halbinsel Cherson an die Reihe. Hier hatten Monarchisten die Unabhängigkeit von Petersburg erklärt. Die Schwarze-Meer-Flotte erhielt den Befehl, gegen Cherson vorzugehen. Da Admiral Koltschak die Ausführung des Befehls verzögerte, geriet er in den Verdacht der Monarchistenfreundlichkeit und hatte eine Revolte der Schwarze-Meer-Flotte zu bestehen. Schließlich dampfte ein Teil des Schwarzen-Meer-Geschwaders vor Cherson und forderte den dortigen ausführenden Ausschuß zur Uebergabe auf. Als die Uebergabe nicht sofort erfolgte, wurden scharfe Schüsse gegen Cherson abgefeuert, die zwölf Tote und 38 Verwundete verursachten. Die Chersoner ergaben sich darauf. Die Matrosen setzten wieder einen Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats ein. In Zarytzin wurden die Anarchisten durch Militär überwältigt. Zahlreiche Anarchisten und Soldaten wurden in den Straßenkämpfen getötet. Die Ruhe in der Wolgastadt ist angeblich wieder hergestellt. Auch in Rostow a. D. stellte Militär die Ordnung wieder her. Die unabhängige „Regierung" wurde aufgehoben. Auch aus Kirsanow kommt die Meldung, daß die Sonderrepublik wieder aufgehoben werden konnte. Dagegen sind alle Versuche, Kronstadt wieder in die Gewalt zu bekommen, vollkommen gescheitert. Die Sonderbewegung in Sibirien nimmt ihren Fortgang. Der Getreideexport aus Sibirien ist von der dortigen republikanischen Landesverwaltung verboten worden.

Eine Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur lautet: Nachdem alle Mittel der Ueberredung gegenüber den Schützen der 12. und 13. Division, die sich am 28. Juni weigerten, den Befehl zur Umbildung durchzuführen, erschöpft waren, wurde die Ortschaft Juhow, worin sich die erwähnten Schützen befanden, gemäß der Weisung des Kriegsministers Kerensky von Kavallerietruppen umzingelt. Nachdem die Batterie zweimal in der Ort gefeuert hatte, ging die Kavallerie zum Angriff über, worauf sich ungefähr 500 Schützen ergaben und entwaffnet abgeführt wurden. Es kam zu keinem Blutvergießen.

Die Lage ist also nach wie vor eine verzwickte; denn daß nun in diesen Gegenden Ruhe herrschen wird, glaubt wohl niemand.

*

Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Ukrainer.

Die Autonomie der Ukrainer ist jetzt Tatsache geworden. Der ukrainische Zentralrat erließ einen Aufruf an das ukrainische Volk, in dem gesagt wird, der Zentralrat übernehme die Verpflichtung, die Ukrainer zu retten; da die Interimsregierung die Unterstützung ablehne, müsse die Ukraine zur Selbstwehr greifen; sie könne nicht Zersplitterung und Anarchie deshalb dulden, weil die Regierung unfähig sei, Ordnung zu schaffen. Nach Kiew wurde ein Kongreß aller in der Ukraine wohnhaften Nationalitäten berufen, der die Regierungsform ausarbeiten soll. Der Zentralrat ordnete ferner die Einziehung allgemeiner Steuern an und entsandte zur Mitteilung über diese Ereignisse eine Kommission nach Petersburg.

England.

Neue Kriegrede Lloyd Georges.

Nach einer Reutermeldung hielt Lloyd George in Glasgow eine Rede, die in einzelnen ihrer Partien recht bemerkenswert ist. Daß der englische Premier die Kriegslage als günstig schilderte und von den U-Booten sagte, sie könnten — unter Umständen — nicht mehr bedeuten, als die Zeppeline, ist selbstverständlich. Interessanter ist schon, was er über die russische Revolution sagte:

„Ohne Zweifel machen uns im Augenblick die inneren Zerrüttungen in Rußland zu schaffen. So segensreich die russische Revolution zweifellos ist, so groß ihr Ergebnis in diesem Jahre und mehr noch für später ist, hat sie doch zweifellos die Wirkung gehabt, den völligen Sieg zu verzögern; aber sie hat ihn zugleich sicherer denn je gemacht (Beifall), und was noch wichtiger ist, sie hat den Wert des Sieges, den wir erringen werden, sicherer denn je gemacht.

Vieler Herzen waren von banger Sorge erfüllt bei dem Gedanken an eine Friedenskonferenz zur Regelung der Zukunft der Demokratie unter Teilnahme von Vertretern der reaktionärsten Autokratie der Welt. Rußland ist jetzt ohne Fesseln und frei. Seine Vertreter auf der Friedenskonferenz werden Vertreter eines freien Volkes sein, das für die Freiheit und Zukunft der Demokratie streitet.

Inzwischen haben Frankreich, Italien und wir einen größeren Anteil der Bürde zu tragen gehabt. Nur unsere Anstrengungen haben verhütet, daß eine Katastrophe die Demokratie der Welt verschlungen hat. Die Kraft Britanniens, die in die Lücke geworfen worden ist, hat noch einmal Europa die Freiheit gerettet."

Dann kam Lloyd George auf die Friedensfrage zu sprechen und sagte:

„Dieser Krieg wird zu Ende sein, wenn die Alliierten das Ziel erreicht haben, das sie sich gesteckt haben, als sie die Herausforderung, die Deutschland der Zivilisation zuschleuderte, annahmen. Aber wenn er nur um eine Stunde früher beendigt würde, so wäre dies das größte Unglück, das je über die Menschheit gekommen ist. (Beifall.) **Man sagt, das Volk in Deutschland sei bereit, uns Genugtuung und Frieden zu geben.** Zweifellos können wir jetzt für einen gewissen Preis Frieden haben, denn Deutschland braucht Frieden, **aber das ist ein Friede, der Deutschland die wirtschaftliche und sonstige Aufsicht über die Länder geben würde, die es besetzt hat."**

Lloyd George weiß, daß die Kriegsstimmung in England gebrochen ist, wenn das Volk erfährt, daß Deutschland bereit ist, der Bevölkerung der besetzten Gebiete am Tage des Friedensschlusses ihre volle Freiheit wiederzugeben. Zweifellos wird das geschehen. Aber wäre von der deutschen Regierung klar gesagt worden, daß es geschehen soll, so würde sich die Friedensstimmung in England schon längst viel stärker geltend gemacht haben.

Lloyd George kam dann auf die Fragen der Demokratie, zu der er ausführte:

„Für einen dauernden Frieden liegt die Gewähr in der Vernichtung der militärischen Macht Preußens. Die beste Gewähr würde die Demokratisierung der deutschen Regierung sein. Niemand will den Deutschen die Art ihrer Regierung vorschreiben, aber wir würden mit einem demokratisierten Deutschland in ganz anderem Geiste, Haltung und Gesinnung in Unterhandlungen eintreten als mit einem, das von dem angriffslustigen und anmaßenden Geist des preußischen Militarismus beherrscht wird, und die Regierungen der Alliierten würden klug handeln, wenn sie diese Unterscheidung in ihrer allgemeinen Haltung in jeder Erörterung über Friedensbedingungen vornehmen würden."

Der englische Ministerpräsident verläßt sich hier ganz auf die Macht der preußischen Reaktion, von der er hofft, daß sie eine rechtzeitige Demokratisierung Deutschlands verhindern wird. Sonst wäre er um das schlechte und am wenigsten tönende Kriegsargument gebracht sein.

Von den deutschen Kolonien sagte er, ihre Einwohner sollten selbst bestimmen, von wem sie regiert sein wollten. Mesopotamien und Armenien müßten der türkischen Mißwirtschaft entzogen werden. Belgien und Serbien müßten wieder zurückgegeben werden und von Deutschland ausreichende Entschädigung erhalten.

Hier hinderlagt der annexionistische Pferdefuß in der demokratischen Phraseologie deutliche Spuren.

Italien.

Ein Vertrauensvotum für Boselli.

Mit 361 gegen 63 Stimmen hat die italienische Kammer dem Ministerium Boselli ihr Vertrauen ausgesprochen.

Der Balkankrieg.

Griechenland an der Seite der Entente.

Was man nach der ganzen Entwicklung der Dinge in Griechenland erwarten mußte, ist eingetreten: **Griechenland hat die Beziehungen mit Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei abgebrochen. In Wien erfolgte der Abbruch mit folgender Begründung: Nachdem nunmehr die Einigkeit zwischen den beiden Griechenland bisher in zwei Lager trennenden Parteien hergestellt ist und griechische Truppen an der mazedonischen Front kämpfen, sieht sich die griechische Regierung genötigt, die diplomatischen Beziehungen zu Österreich-Ungarn abzubrechen".**

Irgendwelche praktische Bedeutung hat dieser Schritt kaum. Bezeichnend ist es aber, wie hier durch die Machinationen der Entente ein friedliebendes Volk in den Krieg hineingetrieben wird.

Der Seekrieg.

Amtlicher deutscher Marinebericht.

WTB. Berlin, 30. Juni abends. (Amtlich.)

1. Im Atlantischen Ozean wurden durch eines unserer U-Boote neuerdings 36 000 Br.-Reg.-Tonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Westanley", 3795 To., Kriegsmaterial, „Ortolan", 2145 To., mit Stückgut, „Camito", 6611 To., „Thistlebhu", 4026 To., ferner zwei große bewaffnete Dampfer von etwa 4500 To. Zwei versenkte Segler hatten Öl und Tabak geladen.

2. Eines unserer Unterseeboote torpedierte am 11. Juni im Mittelmeer einen unbekannten englischen kleinen Kreuzer älteren Typs. Aufgefundene zertrümmerte Boote trugen am Bug den Buchstaben „G".

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Ein französischer Kreuzer gesunken.

Der Kreuzer „Kleber", der auf der Fahrt von Dakar nach Brest war, um außer Dienst gestellt zu werden, geriet am 27. Juni vormittags auf der Höhe der Landesspitze von St. Mathieu auf eine Mine und ging unter. 38 Mann werden vermißt, darunter 3 Offiziere.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Verhaftung eines deutschen Kuriers in Norwegen.

Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung" schreibt: Ein nach Norden hin entsandter deutscher Kurier ist kürzlich bei seinem Eintreffen in Kristiania von norwegischen Behörden verhaftet worden. Sein mit amtlichen Siegeln versehenes Gepäck wurde durchsucht, und da sich darin Sprengmittel befanden, mit Beschlag belegt: Auf Grund des Verdachtes, daß die Sprengmittel in Norwegen Verwendung finden sollten, ließ die norwegische Regierung ein gerichtliches Verfahren gegen den Kurier einleiten. Im Hinblick auf die völkerrechtlich gewährleistete Immunität der diplomatischen Kuriere legte die kaiserliche Regierung gegen die Festnahme des Kuriers Verwahrung bei der norwegischen Regierung ein und erlangte seine alsbaldige Freilassung. Dabei wurde die amtliche Erklärung abgegeben, daß die Verwendung der Sprengmittel in Norwegen oder zum Nachteil norwegischer Interessen nicht beabsichtigt gewesen ist. Soweit das Verhalten des Kuriers zu Ausstellungen Anlaß gabe, insbesondere den norwegischen Gesetzen zuwiderlaufe, werde in Deutschland eingeschritten werden, wogegen das Vorgehen gegen den Kurier in Norwegen nach völkerrechtlichen Grundsätzen nicht zulässig sei. Die norwegische Regierung hat den Kurier inzwischen freigelassen. Nach einer Meldung des Norwegischen Telegrammbureaus machte der norwegische Minister des Aeußern im Storthing eine kurze Mitteilung in dieser Angelegenheit. Auch legte der hiesige norwegische Gesandte namens seiner Regierung gegen das Verhalten des Kuriers Verwahrung ein. Die zuständigen deutschen Behörden ordneten die amtliche Untersuchung an, und es wird, soweit erforderlich, für Remedur gesorgt werden. Daß der Vorfall im norwegischen Volke Beunruhigung hervorrief, wurde mit Bedauern vernommen, und demgegenüber kann hier nochmals mit aller Bestimmtheit festgestellt werden, daß mit den Sprengstoffen keinerlei Unternehmen in Norwegen oder gegen die norwegischen Interessen geplant war.

*

Erschwerung der niederländischen Schiffahrt.

Das Haager Korrespondenzbureau meldet amtlich: Das Ministerium des Aeußern teilt mit, daß die britische Regierung folgendes bekanntmachte: Die gefährliche Zone in der Nordsee wird vom 3. Juli an alle Gewässer, mit Ausnahme der niederländischen und dänischen Territorialgewässer umfassen, welche südlich und östlich einer Linie liegen, die drei Meilen von der Küste von Jütland in 57 Grad 8 Min. nördlicher Breite beginnt und über die Punkte 57 Grad 8 Min. nördlicher Breite, 4 Grad östlicher Länge und 53 Grad nördlicher Breite, 4 Grad östlicher Länge längs des 53. Breitengrades nach einem Punkte geht, der drei Meilen von der niederländischen Küste entfernt ist und von dort längs der Grenze der niederländischen Territorialgewässer nach Norden und Osten verläuft. Da infolge dieser Maßregel die sichere Fahrrinne in die gefährliche Zone fallen und damit die Schiffahrt um die Nordküste von England ganz unmöglich werden würde, hat die niederländische Regierung die britische auf die höchst bedenklichen Folgen dieser Maßregel aufmerksam gemacht und die Erwartung ausgesprochen, daß sie abgeändert werden wird.

*

Ein russisch-rumänischer Zwischenfall?

Nach der Zeitung „Politiken" erfolgte ein ernster Zwischenfall zwischen Rußland und Rumänien. Der russische Sozialist Weckerle, der den Sozialisten Rakowsky befreite, ist von den rumänischen Behörden zum Tode verurteilt und gehängt worden. Infolgedessen wurden die russischen Truppen aus Rumänien zurückgezogen und Rumänien wird die Verteidigung seines Landes allein überlassen bleiben. — Bestätigung bleibt abzuwarten.

*

Arbeiter- und Soldatenrats-Delegierte in Stockholm.

Wie der Korrespondent der „B. Z." erfährt, hat das holländisch-skandinavische Komitee die Nachricht erhalten, daß am Dienstag

dem 3. Juli, eine offizielle Delegation des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats, bestehend aus sechs Personen, in Stockholm eintrifft.

*

Keine Kriegserklärung Chinas.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald„ meldet aus Peking: Das neue chinesische Ministerium hat den Eintritt Chinas in den Krieg und die Kriegserklärung an Deutschland abgelehnt. Der Präsident bestätigte diesen Beschluß, ohne vorher das Parlament zu befragen.

*

Persiens Wunsch nach Befreiung.

Laut „Rjetsch" fordert die neue persische Regierung die sofortige Abberufung der russischen Truppen, Aufhebung der von Rußland früher erpreßten militärischen und wirtschaftlichen Konzessionen und die Beseitigung der Kapitulationen bei gleichzeitiger Reform des Gerichtswesens.

*

Mit 200 000 amerikanischen Freiwilligen

wollte der Maulheld Roosevelt nach der Westfront reisen. Die amerikanischen Behörden haben ihm jedoch die Erlaubnis verweigert. Warum? Weil sich herausgestellt hat, daß Roosevelt sich seine 200 000 Mann Freiwilligen nur erdichtet hat. Wie nämlich das Neuyorker Blatt „The World" mitteilt, ist die von Roosevelt inszenierte Rekrutierung die lächerlichste Episode in der Geschichte Amerikas. Das Blatt hat eine sorgfältige Untersuchung veranstaltet und konstatiert, daß zum Beispiel von 50000 in Roosevelts Armee als einregistriert bezeichneten Freiwilligen nur etwa 2000 sich wirklich hatten einschreiben lassen, und daß seine 200000 Mann starke Armee in Wirklichkeit aus höchstens 5000 Mann bestand. Der Rest ist eine vollständige Mythe und spukte nur in dem phantasiereichen Hirn Roosevelts.

*

Wilsons Wunsch.

Eine Schweizer Abordnung nach Amerika, die Wilson die schwierige wirtschaftliche Lage der Schweiz schildern will, wollte über Deutschland und Dänemark nach drüben reisen. Sie hat jetzt ihren Plan auf Wunsch der amerikanischen Regierung dahin ändern müssen, daß sie über Frankreich reist. — Das ist die großzügige amerikanische Kriegspolitik!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Propagandamethoden des „Unabhängigen Ausschusses".

Die Schäferschen Annexionsklubs sind in jüngster Zeit in ganz Deutschland von einer besonderen Rührigkeit. Die Millionensummen, die als Betriebskapital in das Unternehmen hineingesteckt sind, machen sich bemerkbar. Trotz dieser glänzenden Finanzierung ist es aber mit den Rednergarnituren, die auf die Bevölkerung losgelassen werden, nicht weit her. Welcher Methoden sich diese „Politiker" bedienen, um Einfluß und Beachtung zu finden, dafür lieferte dieser Tage der Berliner Schriftsteller Bley Beweise. Er sprach im niedrschlesischen Industrierevier über die Notwendigkeit des deutschen Friedens nach dem Patent Professor Schäfers und schmückte seine Vorträge mit einer solchen Fülle deutscher Rührseligkeit, teutonischer Entrüstung und politischer Kannegießerei, daß der Eindruck nach außen hin recht zweifelhaft blieb. In der Versammlung in Waldenburg leistete sich der alte Herr nach dem Bericht unseres schlesischen Parteiorgans außerdem noch eine vom politischen Standpunkt ebenso dumme, wie vom menschlichen Standpunkt unglaublich ordinäre Beschimpfung des russischen Volkes. Nachdem er lang und breit auseinandergesetzt hatte, daß es recht wäre, wenn Deutschland mit Rußland zu einem guten Verhältnis käme, wurde er plötzlich wieder von seinem überheblichen Teutonenkoller gepackt und sagte: „Will der Russe nicht gutwillig unser Freund werden, muß man ihn dazu zwingen. Das geschieht am besten, daß man ihn erst verhaut und dann mit ihm Schnaps trinkt."

Herr Bley versicherte, daß er das russische Volk sehr gut kenne. Nach dieser alldeutschen Rüpelei von obigem Kaliber dürfen wir unsererseits wohl mit einigem Recht versichern, daß wir die Alldeutschen und ihre geistigen politischen Qualitäten auch sehr gut kennen. Es gibt nur eine Zensur dafür: total minderwertig.

Die unwahren Stettiner Gerüchte.

Den Stettiner Zeitungen ist am Freitag nachstehende Mitteilung vom Generalkommando zugesandt worden:

„Es ist zur Kenntnis des stellvertretenden Generalkommandos gekommen, daß in Stettin Gerüchte verbreitet werden, nach denen Schiffsladungen mit Kartoffeln, Getreide und Munition auf unehrliche Weise aus dem Stettiner Hafen in das neutrale und feindliche Ausland gelangt seien.

Diese Gerüchte sind unwahr und können nur in der Absicht verbreitet werden, um eine unruhige Stimmung in der Bevölkerung hervorzurufen.

Das stellvertretende Generalkommando weist darauf hin, daß Verbreiter solcher Nachrichten sich ernstesten Folgen aussetzen.

Der stellvertretende kommandierende General.
gez. Freiherr v. Vietinghoff."

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 2. Juli.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Heute, Montag, und morgen, Dienstag, ist der Kassierer des Kartells im Gewerkschaftshause zur Entgegennahme der Beiträge anwesend.

Freie Jugend. Monatsprogramm für den Monat Juli. Mittwoch, 4.: Arbeitskommissionssitzung. 8½ Uhr Jugendheim. Tischspiele.

Freitag, 6.: Feldpost-Lese- und Schreibabend. (Schreibzeug mitbringen.)

Sonntag, 8.: Stadtbesichtigung. Sammeln 8 Uhr beim alten Bahnhof. Wanderung: Palinger Heide. Abmarsch: 2½ Uhr Jugendheim. Abends: Rezitation und Liederabend.

Mittwoch, 11.: Vortrag über „Die Ziele der bürgerlichen und proletarischen Jugend."

Freitag, 13.: Humoristischer Vorleseabend.

Sonntag, 15.: Wanderung: Scharbeutz. Abmarsch: 5 Uhr, Burgtorbrücke. Kosten: 70 Pfg. Gesellschaftsspiele.

Mittwoch, 18.: Liederabend.

Freitag, 20.: Diskutierabend. Thema: „Das Wandern".

Sonntag, 22.: Wanderung: Neumünster. Näheres wird noch bekanntgegeben. Wanderung: Eichorst. Abmarsch: 2½ Uhr Lindenplatz. Bunter Abend.

Mittwoch, 25.: Wanderkommissionssitzung. Anfang: 8½ Uhr Jugendheim. Tischspiele.

Der amtliche Kriegsbericht.

Russische Massenangriffe gescheitert.

WTB. Großes Hauptquartier, 2. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Nur in wenigen Abschnitten zwischen Meer und Somme steigerte sich der Artilleriekampf.

Während Erkundungsvorstöße der Engländer östlich von Nieuport, bei Gavrelle und nordwestlich von St. Quentin scheiterten, gelang es einigen unserer Stoßtrupps in der Yserniederung nördlich von Dixmuiden, durch Ueberfall dem Feinde erhebliche Verluste zuzufügen und eine größere Anzahl Belgier einzubringen.

Frühmorgens und von neuem am Nachmittag griffen die Engländer westlich von Lens an. Sie drangen an einigen Punkten in unsere Linien, sind jedoch durch oberschlesische Regimenter im Nahkampf, bei denen 175 Gefangene und 17 Maschinengewehre einbehalten wurden, überall wieder geworfen worden.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach starker Feuervorbereitung setzten die Franzosen am Chemin des Dames neue Angriffe gegn die von ihnen südlich des Gehöftes La Bovelle verlorenen Gräben an. In den Kämpfen, die am Osthang der Hochfläche besonders erbittert waren, sind sämtliche Anläufe des Feindes abgeschlagen worden.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Keine Ereignisse von Belang.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die russischen Angriffe am 1. Juli zwischen der oberen Strypa und dem Ostufer der Narajowka führten zu schweren Kämpfen. Der Druck der Russen richtete sich vornehmlich gegen den Abschnitt Koniuchy und die Höhenlinien östlich und südlich von Brzrzany. Zweitägige starke Artillerievorbereitung hatten unsere Stellung zum Trichterfeld gemacht, gegen das die feindlichen Regimenter den ganzen Tag über anstürmten. Das Dorf Koniuchy ging verloren. In vorbereiteter Riegelstellung wurde der russische Massenstoß aufgefangen, neue Angriffe gegen sie zum Scheitern gebracht.

Beiderseits von Brzrzany wurde besonders erbittert gekämpft. In immer neuen Wellen stürmten dort 16 Divisionen gegen unsere Linien an, die nach wechselvollem Ringen von sächsischen, rheinischen und osmanischen Divisionen in tapferster Gegenwehr völlig behauptet oder im Gegenstoß zurückgenommen wurden.

Die russischen Verluste übersteigen jedes bisher gekannte Maß. Einzelne Verbände sind aufgerieben.

Längs des Stochod und am Dnjestr hielt die lebhafte Feuertätigkeit an. Längs der Bahn Kowel—Luck brach ein Angriff des Gegners vor der Front einer österreichisch-ungarischen Division zusammen.

Bei den anderen Armeen keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Freitag, 27.: Arbeitskommissionssitzung. Anfang: 8½ Uhr Jugendheim. Leseabend.

Sonntag, 29.: Wanderung: Falkenhusen. Abmarsch: 2½ Uhr Burgtorbrücke. Kosten 10 Pfg. Monatsbesprechung. Anfang: 8 Uhr Jugendheim.

Jeden Dienstag werden abwechselnd auf der Heide (Alte Kaserne) und auf dem Mühlentorbrink, Reigenabende veranstaltet. Der Arbeiter-Turnverein hat Dienstags sein Hallenturnen am Langen Lohberg (Marien-Schule). Donnerstags finden abwechselnd auf dem Mühlentorbrink und auf der Heide (Alte Kaserne) Spiele statt. Mittwochs veranstaltet der Turnverein auf dem Buniamshof Turnspiele. Jeden 1. Sonnabend im Monat hat der Arbeiter-Abstinentenbund Jugendlichen-Zusammenkunft im Jugendheim. Diese Veranstaltungen sind für die Besucher des Jugendheims alle kostenlos.

Die „Lübeckischen Anzeigen" wollen keinen Scheidemann-Frieden. Diese nicht gerade neue Tatsache sucht das Blatt in seiner gestrigen Ausgabe dadurch weniger gleichgültig für die Allgemeinheit erscheinen zu lassen, daß es mehrere Abschnitte aus einer phantasievollen alldeutschen Agitationsschrift „Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden" zum Abdruck bringt. Wie lange der Krieg um diesen angeblich „guten Frieden" geführt werden soll, wird nicht gesagt, aber daß er erst möglich sein würde, wenn alle Gegner Deutschlands besiegt am Boden zu liegen kämen, was immerhin so bald nicht erwartet werden kann, ist doch wohl auch den „Lübeckischen Anzeigen" klar. Millionen müßten erst noch verbluten, denn alle Völker werden sich bis zum Aeußersten gegen eine Vergewaltigung durch die Gegenseite wehren. Uns scheint das, abgesehen von unserer grundsätzlichen Stellungnahme, aber nicht nebensächlich zu sein. Im übrigen muß immer wieder betont werden, daß die weit überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes nichts mit den alldeutschen Eroberungsplänen zu tun hat, sondern einen baldigen wirklich guten Frieden, nämlich einen Frieden der Verständigung, wünscht.

Reichskartoffelverordnung für 1917/18. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 28. Juni dem Entwurf einer Verordnung über die Kartoffelversorgung für das Wirtschaftsjahr 1917/1918 zugestimmt. Die Verordnung gibt lediglich den Rahmen, innerhalb dessen demnächst das Kriegsernährungsamt, die Reichskartoffelstelle und die Landesbehörden die Versorgung mit Kartoffeln für die Zeit vom 16. August 1917 bis zum 15. September 1918 zu regeln haben werden. Bis zum 15. August 1917 gilt die bisherige Verordnung des Bundesrats vom 26. Juni 1916. Bei den Beratungen mit den Sachverständigen aller Berufsgruppen ist, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, durchweg erklärt worden, daß man bei dem Zwangslieferungssystem sowohl für Früh- wie für Winterkartoffeln bleiben müsse, da der freie Handel im System der Höchstpreise unter den gegenwärtigen Verhältnissen für eine ausreichende Versorgung aller Schichten der Bevölkerung mit Kartoffeln keine Gewähr bieten könne. Der Vorstand des Kriegsernährungsamtes, der Ernährungsbeirat des Reichstages, Vertreter der Landwirtschaft, der Bedarfsverbände und der Ueberschußbezirke sind zu dem Entwurf gehört worden und, wenn auch die Meinungen im einzelnen auseinandergingen, so wurde bei diesen Beratungen doch überwiegend der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß das Zwangslieferungssystem zwar zum Teil wegen organisatorischer Mängel, zum sehr großen Teil wegen der besonders ungünstigen vorjährigen Ernte und Winterwitterung trotz aller Unzuträglichkeiten, die es mit sich gebracht habe, aufrechtzuerhalten sei und daß nur Verbesserungen, insbesondere erheblich verschärfte Kontrollen geboten seien, die einerseits die Ueberlastung der Erzeuger in einzelnen Bezirken infolge unrichtiger Ertragsschätzung ausschließen, andererseits die Versorgung der Verbraucher wirksamer als bisher sichern sollen. Auch die Vertreter des Handels haben sich zum weit überwiegenden Teil auf diesen Boden gestellt.

Alle Vorschläge, die die Zwangslieferung auf dem einen oder anderen Wege vermeiden wollen, sind mit den Anregern und anderen Sachverständigen eingehend erörtert worden, haben aber zu keinem brauchbaren Ergebnis geführt. Die Kontrolle wird im Wege der Ausführungsvorschriften in der Richtung geordnet werden, daß ständig bei den Empfangsverbänden und bei den Ueberschußverbänden festgestellt wird, ob bei ersteren der Verbrauch sich in dem vorgeschriebenen Rahmen bewegt und die Aufbewahrung sachgemäß erfolgt und ob bei letzteren die zur Lieferung aufgegebenen Mengen von den Landwirten, den Gemeinden und den Kommunalverbänden rechtzeitig und in ausreichendem Umfange geliefert werden. Zugleich wird die Beschäftigung durchweg sachverständiger, dem Handel angehörender Personen als Kommissionäre vorgeschrieben und dabei bestimmt werden, daß Kommissionäre in jedem Kreise in genügender Zahl eingestellt werden müssen. Die Kontrolle beim Landwirt wie beim Kommunalverband wird nach der Bundesratsverordnung durch Aufnahme der Kartoffeln in die Wirtschaftskarte gesichert, die für die Körnerfrüchte und die Hülsenfrüchte durch die Reichsgetreideordnung vorgeschrieben ist. Säumigen Kommunalverbänden, Gemeinden und Landwirten gegenüber sieht die Bundesratsverordnung eine Haftpflicht vor. **Muß zur Enteignung geschritten werden, so wird der Enteignungspreis um 60 Mark für die Tonne gekürzt.** Die Ausführungsvorschriften können erst im August ergehen, wenn die Kartoffelanbauflächen feststehen und die Aussichten für die kommende Herbstkartoffelernte sich einigermaßen übersehen lassen. Aufrecht erhalten bleibt bis auf weiteres die jetzige Bestimmung, wonach das Verfüttern von Kartoffeln verboten ist. Inwieweit dieses strenge Verfütterungsverbot im kommenden Herbste etwa gemildert werden kann, und wie die Rationen und Lieferungsbedingungen im einzelnen festzusetzen sind, läßt sich erst entscheiden, wenn das Ergebnis der Hauptkartoffelernte besser zu übersehen ist.

Das Kartoffelwunder. In den letzten Wochen konnte man in den Schaufenstern der hiesigen Gemüsehandlungen sowie auf den Verkaufsständen in der Markthalle größere Quantitäten neuer Kartoffeln erblicken, die dort zu Phantasiepreisen verkauft wurden. 2 Mk., 1,50 und schließlich 1 Mark kostete das Pfund dieser sehr begehrten Knollenfrucht. Da kam am Freitag die Verordnung, nach welcher hier ab ersten Juli ein Höchstpreis von 45 Pfennig für 2 Pfund junge Kartoffeln gelten sollte. Und der Erfolg: Von Sonntag ab waren die Kartoffeln, die es noch am Tage vorher in Fülle gab, gänzlich verschwunden. Man konnte keine mehr kaufen. Wird durch solche Vorkommnisse nicht geradezu zum Felddiebstahl angereizt?!

Der Handel mit Tabakwaren. Eine Bundesratsverordnung vom 28. Juni 1917 regelt den Handel mit Tabakwaren. Der Handel mit Zigarren, Rauch-, Kau- und Schnupftabak (Tabakwaren) ist vom 15. Juli 1917 ab nur solchen Personen gestattet, denen eine besondere Erlaubnis zum Betriebe dieses Handels erteilt worden ist. Ausgenommen sind hiervon der Verkauf selbsthergestellter Tabakwaren sowie der unmittelbare Verkauf an Verbraucher, so daß der Konzessionierungszwang nur für den Zwischenhandel (Großhandel) besteht. Hat man also nicht die große Zahl der Ladengeschäfte zur besonderen Einholung einer Erlaubnis verpflichtet, so schuf man doch die Möglichkeit, Auswüchse, die sich hier zeigen sollten, zu unterdrücken, indem der Verkauf unmittelbar an den Verbraucher untersagt werden kann, wenn „Bedenken wirtschaftlicher Art oder persönliche oder sonstige Gründe" vorliegen. Unter den gleichen Voraussetzungen kann die Erlaubnis zum Zwischenhandel versagt und, wenn sie sich später ergeben sollte, zurückgenommen werden. Außerdem ist die Erlaubnis in der Regel zu versagen, wenn der Erlaubnisbewerber vor dem 1. April 1916 mit Tabakwaren nicht gehandelt hat. Wird die Erlaubnis versagt oder zurückgenommen oder der Handel untersagt, so werden die Warenvorräte des betreffenden Händlers auf seine Kosten und Gefahr an die deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakerzeugnissen zur Verwertung übergeben. Verboten wird durch die Verordnung, „in periodischen Druckschriften oder in sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind", ohne vorherige behördliche Genehmigung sich zum Erwerbe von Tabakwaren zu erbieten, zur Abgabe von Preisangeboten auf Tabakwaren aufzufordern, sowie bei Ankündigungen gewisse irreführenden Angaben zu machen. Außer der Ueberschreitung dieses Verbotes sowie der Ausübung des Handels, wo derselbe nach der Verordnung unerlaubt erscheint, ist unter strenge Strafe gestellt die Steigerung des Preises für Tabakwaren durch unlautere Machenschaften, insbesondere Kettenhandel. — Verschiedene preistreibende Vorgänge im Verkehr mit Tabakwaren, die schon seit längerer Zeit wahrnehmbar waren, ganz besonders das spekulative Aufkaufen und Zurückhalten von Waren durch Personen, die sich früher mit diesen Handelszweigen nicht befaßt hatten, hat den Erlaß dieser Verordnung nötig gemacht.

Eine weitere wichtige Neuerung ist die Festsetzung von Höchstgewichten für Zigaretten, die ebenfalls durch eine Bundesratsverordnung vom 28. Juni erfolgt. Das Tabak-Soll-Gewicht, das heißt jenes Gewicht, das dem Ausstattungsverfahren zu Grunde gelegt wird, darf für jede 1000 Stück bei Zigaretten mit Hohlmundstück 500 Gramm, bei Zigaretten ohne Hohlmundstück 1000 Gramm nicht übersteigen. Ausnahmen kann der Reichskanzler zulassen. Die Festsetzung der Zigaretten-Höchstgewichte dient der Streckung der Vorräte an Zigaretten-Tabak, die bei den spärlichen Zufuhren an Rohtabak geboten ist.

Mondfinsternis. Am Abend des 4. Juli d. J. haben wir eine sehr interessante totale Mondfinsternis zu erwarten. Eine Mondfinsternis entsteht bekanntlich dann, wenn sich unsere Erde zwischen Sonne und Mond stellt, also wenn wir Vollmond haben und dabei der Mond gleichzeitig durch den Erdschatten geht. Bald nach Mondaufgang beginnt um 9 Uhr 52 Min. Sommerzeit (SZ.) die Erscheinung des Eintritts des Mondes in den Erdkernschatten und zwar an der östlichen (linken) Seite des Mondes. Die Verfinsterung ist zunächst nur partiell (teilweise), bis der Mond um 10 Uhr 51 Min. SZ. ganz in den Erdschatten verschwunden und somit total verfinstert ist. Sobald der Mond die Mitte des Erdkernschattens überschritten hat, nimmt seine dunkle, schwarzbraune Färbung wieder ab, bis der Mond um 12 Uhr 27 Min. SZ. mit seinem östlichen (linken) Rande den inneren linken Rand des Erdkernschattens berührt und damit am Ende seiner Totalität angelangt ist. Von nun an wird der Mond wieder partiell verfinstert; er tritt um 1 Uhr 25 Min. SZ. an seinem westlichen (rechten) Rande ganz aus dem Erdkernschatten heraus, womit die Verfinsterung überhaupt beendigt ist. Beobachtet kann die Mondfinsternis schon mit bloßem Auge recht gut werden, besser dient dazu ein guter Krimstecher, noch besser ist natürlich ein Fernrohr mit mäßiger Vergrößerung, um die Feinheiten des Ein- und Austrittes des Mondes in den und aus dem Erdkernschatten sehen zu können. Unsere Mondfinsternis wird, wenn der Himmel unbewölkt ist, auf dem größten Teile unserer Erdkugel beobachtet werden können: ausgeschlossen sind nur Nordamerika, der nördliche Teil Asiens, der Stille Ozean und der nördliche Teil des Atlantischen Ozeans. In der Sichtbarkeitszone liegt Europa sehr günstig, beinahe zentral, so daß man hier den ganzen Vorgang unbehindert beobachten kann.

Die neuen Telegrammgebühren. Die Telegrammgebühren werden bekanntlich am 1. Juli dahin geändert, daß ein durch 5 nicht teilbarer Pfennigbetrag bis zu einem solchen aufwärts abgerundet wird. Die neuen Sätze dafür und für die Reichsabgabe sowie die zugehörigen Bestimmungen sind jetzt vom Reichspostamt zusammengestellt worden. Bei Berechnung der Reichsabgabe sich ergebende, die Mindestgebühr von 10 Pfg. übersteigende Beträge sind, wenn sie auf 2 und 6 endigen, nach unten, wenn sie auf 4 und 8 endigen, nach oben auf die nächste durch 5 teilbare Zahl abzurunden. Ein gewöhnliches Telegramm mit 13 Worten kostet

dann z. B. 1 Mk. Die Reichsabgabe wird auch erhoben im Verkehr mit den Telegraphenanstalten im Generalgouvernement Warschau und im Etappengebiet des Oberbefehlshabers Ost. Der neue Tarif gilt auch für bezahlte Antworten, telegraphische Empfangsanzeigen usw. Sie wird auch für Privattelegramme an und von Militärpersonen in festen Standorten des Reiches erhoben, nicht aber bei Nebengebühren für die Vervielfältigung von Telegrammen, für Abschriften, Weiterbeförderung usw. Die Gebühr für die Vergleichung eines Telegramms wird nur von der Telegrammgebühr berechnet. Bei der Nachsendung wird auch von den Gebühren dafür die Reichsabgabe eingezogen. Die Reichsabgabe wird erstattet, wenn ein Telegramm vor der Abtelegraphierung zurückgezogen wird, die volle Gebühr für ein Telegramm, für eine Dienstnotiz, eine telegraphische Empfangsanzeige usw. zurückgezahlt wird. Werden die Telegrammgebühren teilweise erstattet, so wird die Abgabe nach der Wortzahl zurückgezahlt.

wb. **Hansatheater.** „Das Pensionsschwein", Schwank in 3 Akten. Eine tolle Sache voller Lachen und Witze, die Tragikomödie unserer fettlosen Zeit. August Pillekoven, Seifen en gros, ist Besitzer eines Ferkels geworden. Deshalb wird er von einer Stammtischrunde umworben und geschmeichelt. Jeder will eine Hälfte des Schweines abgetreten haben, das mit allen Abfällen der beteiligten Familien großgeprügelt wird. Aber auch Pillkovens Freund Tettenborn, der das Borstentier besorgt hat, fordert die Hälfte. Um der fettigen Zukunft willen stellen die Fetthungrigen alles mögliche an, sich die Freundschaft des glücklichen Besitzers zu erhalten. Als schließlich die fettgierigen Wellfleischfreunde zusammen dem Schweinebesitzer „auf die Bude rücken" war das Schwein — gestohlen. Gespielt wurde flott. Die Krone des Abends gebührt der Komik des zungengewandten Herrn Callenbach. Aber auch alle übrigen Darsteller waren gestern auf der Höhe. Das Publikum klatschte eifrig.

Bekämpfung der Treibriemendiebstähle. Die immer mehr überhandnehmenden Treibriemendiebstähle und die wiederholt gemachte Erfahrung, daß das gestohlene Gut vielfach zu Sohlenleder von Schuhmachern verarbeitet wird, haben das stellv. Generalkommando zu besonderen Maßnahmen veranlaßt, die eine sorgfältige Überwachung der Schuhmacherbetriebe gewährleisten. Die betreffende Verordnung ist im Anzeigenteil der heutigen Nummer unseres Blattes abgedruckt.

In der Volksküche wurden im Monat Juni 36 884 Portionen ausgegeben. Gekocht wurde an 30 Tagen, pro Tag demnach 1229 Portionen. Außerdem wurden für 225,50 Mk. große Tassen Kaffee a 10 Pfg., für 6756,30 Mk. Abendessen und an Kinder für 863,70 Mk. Essen verabfolgt.

Oldesloe. Große Posten Lebensmittel gestohlen wurden vor einiger Zeit aus einem hiesigen Lebensmittelspeicher, ohne daß es gelang, der Diebe habhaft zu werden. Jetzt ist ein hiesiger Geschäftsinhaber verhaftet worden, weil er verdächtig ist, die gestohlenen Waren angekauft und sich somit der gewerbsmäßigen Hehlerei schuldig gemacht zu haben. Bei einer polizeilichen Durchsuchung seines Hauses sind mehrere Zentner Zucker, größere Mengen Haferflocken, Fischkonserven und andere Gegenstände gefunden worden, über deren Herkunft der Verhaftete keine einwandfreien Angaben machen kann.

Hamburg. Milchstreckerinnen. Vor dem hiesigen Schöffengericht stand die Milchhändlerin Hulda Krause, die, wie die behördliche Untersuchung ergab, Milch verkaufte, welche zum Teil recht erheblich mit Wasser gestreckt worden war. Das Gemisch wurde als gute Vollmilch zu recht teurem Preise abgegeben. Das Gericht erkannte nach längerer Beratung auf eine Gefängnisstrafe von vier Wochen, 600 Mark Geldstrafe, event. 60 Tage Gefängnis, und Veröffentlichung des Urteils. — Wegen ganz ähnlicher Manipulationen wurde die Milchhändlerin Berta Kossuh, Pestalozzistraße wohnhaft, von demselben Gericht zu einer Gefängnisstrafe von vier Wochen und 300 Mk. Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils verurteilt.

Büsum. Ein Großfeuer zerstörte das Strandhotel vollständig. Der Ausbruch des Feuers war von einem nachts gegen 12 Uhr heimkehrenden Kurgast bemerkt worden. Als die Feuerwehr anrückte, brannte der Dachstuhl schon lichterloh. Von dem Inventar konnte manches gerettet werden. Das Gebäude war mit 32 300 Mk. das Inventar mit 21 000 Mk. bei der Landesbrandkasse versichert. Die Entstehungsursache ist nicht bekannt.

Burg a. Fehm. Fehlgeschlagene Flucht. Mehrere Russen, die in Badersdorf als Kriegsgefangene untergebracht waren, beabsichtigten, mittels eines Wasserwagens vom Gammendorfer Strand aus nach Dänemark zu entfliehen, verunglückten aber unterwegs. Drei von ihnen ertranken und ein anderer wurde durch ein vorüberfahrendes Motorboot aufgenommen und dann nach Kiel gebracht.

Apenrade. Der erste sozialdemokratische Stadtverordnete wurde am Freitag mit fünf Stimmen Mehrheit in das Stadtparlament gewählt.

Friedland. Zwei Mädchen ertrunken. In Meiersberg wurden beim Baden zwei kleine Mädchen vom Strom fortgerissen. Während die fünfjährige Erna Börner durch Wiederbelebungsversuche ins Leben zurückgerufen werden konnte, wurde die sechsjährige Ella Gaffrie nur als Leiche geborgen. Beide Väter stehen im Felde.

Bremen. Ankauf eines Moores durch den Bremer Staat. An den Bremer Staat und eine bremische Kapitalistengruppe hat der oldenburgische Landeskulturfonds in der Gegend von Edewecht 500 Hektar Moor für 217 500 Mk., also für 435 Mk. das Hektar verkauft, und zwar zwei Drittel an den Staat, eins an die Kapitalistengruppe.

Theater und Musik.

Im Stadthallen-Sommer-Theater hatte am Sonnabend Ziehrers Operette „Die Landstreicher" einen bedeutenden Erfolg. Diese Landstreicher, die mit „Robert und Bertram", der „Fledermaus" und anderen textlich verwandt, aber nicht so lustig wie sie sind, haben hier früher schon Gastrollen gegeben. Sie wurden auch diesmal freundlich aufgenommen. Die „Handlung" ist ein ziemlich zusammenhangloses buntes Allerlei, für das der Komponist der seinerzeit viel gesungenen und gepfiffenen „Wiener Maderln" eine mehr gefällige als bedeutende Wiener Musik geschrieben hat, deren Hauptnummern einst in vieler Munde war. Gespielt und gesungen wurde unter Schweisguths Regie und Kapellmeisters Moritz musikalischer Leitung recht flott und frisch. Von unwiderstehlicher Wirkung, voll Humor und lustiger Frechheit war der Landstreicher Fliederbusch des Herrn Nickel. Ein lustiges, keckes Weibchen stand ihm in Frl. Schmieden zur Seite. Als geschmackvolle Sängerin und graziöse, geschmeidige Tänzerin verdient Frl. Bradsky (Mimi) besonderes Lob. Ihre beiden Liebhaber, ein alter Trottel von Fürst und ein der Kaltwasserheilanstalt entlaufener eifersüchtiger Ungar, wurden von den Herren Schweisguth und Pauly gewandt und famos gegeben. Herr Trimborn ersang sich als verliebter Assessor die Gunst der Hörer; Herr Steinmann machte aus dem Gerichtsdiener, der stark an den Gefängniswärter Frosch in der „Fledermaus" erinnert, eine treffliche Figur; Sehr fesch, vom „Zauber der Montur" umflossen, waren die Damen Trebe und Kugler als unwiderstehliche Leutnants. Frl. Erler gab mit Liebreiz das Bräutchen des Assessors. Auch die übrigen Mitwirkenden gaben ihr Bestes. Dafür spendete das zahlreiche Publikum Blumen und vielen Applaus. P. L.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 1. Juli. (Amtlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im nördlichen Eismeer und in den Sperrgebieten um England wiederum 24 200 Brutto-Registertonnen versenkt.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Mafrioneth" (3185 Tonnen) mit Kohlen nach Rußland, „Perla" (5355 Tonnen) mit einer großen Anzahl von Automobilen und Kohlen nach Rußland, der bewaffnete russische Dampfer „Algol" (2223 Tonnen) mit Kohlen und großen Maschinen nach Rußland und ein unbekannter, tief beladener bewaffneter Dampfer. Zwei weitere Dampfer wurden aus einem Geleitzuge herausgeschossen. Zwei der versenkten Segler hatten Holz geladen. Ein Geschütz wurde erbeutet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Stettin, 30. Juni. Heute wurde vor dem Gericht des Kriegszustandes in Stettin das Urteil gegen einen Teil der an den Plünderungen von Geschäftslokalen am 18. und 19. Juni beteiligten Personen gefällt. Die Vorgänge waren bekanntlich durch die in der Stadt verbreiteten falschen Gerüchte hervorgerufen, daß Stettiner Kaufleute an Lebensmittelverkäufen nach dem Auslande beteiligt seien. Von den Angeklagten waren 42 noch nicht 18 Jahre alt. Bei 19 Personen erfolgte Freisprechung, die übrigen wurden zu Gefängnisstrafen von 3 Wochen bis zu 2½ Jahren verurteilt. 53 der Verurteilten sollen zur bedingten Begnadigung vorgeschlagen werden.

Stockholm, 1. Juli. Die Agitation gegen Kerenski hat auch auf die Armee übergegriffen. Petersburger Blätter geben übereinstimmend Agentur-Nachrichten wieder, nach denen sich zahlreiche Regimenter den Befehlen der Heeresleitung widersetzten. So wird aus Tambow gemeldet, daß die Soldaten eines zur Front beorderten Regiments forderten, daß sie sofort in die Heimat beurlaubt würden, andernfalls würden sie ihre Forderungen mit Waffengewalt durchsetzen. Ein anderes, aus Reservetruppen zusammengesetztes Infanterieregiment weigerte sich ebenfalls, zur Front abzugehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co, Sämtlich in Lübeck.

Ungültigkeitserklärung von Brotkarten.

Die Brotkartenhefte Nr.

17 408	27 974	51 729	63 084	70 487	92 942
17 493	28 369	51 730	64 385	70 489	94 635
17 494	28 370	51 731	64 387	70 490	95 970
17 495	29 050	51 732	64 388	70 543	95 971
17 496	31 050	51 733	64 389	71 987	96 064
17 986	32 853	51 734	64 390	71 988	96 092
18 291	34 211	51 735	64 391	72 833	96 779
19 066	35 477	51 736	64 840	76 323	98 903
22 695	36 217	51 737	64 841	76 325	98 904
22 705	37 802	51 738	64 842	76 616	98 905
22 706	37 565	51 739	64 843	78 500	101 425
23 824	38 898	51 740	66 403	79 905	103 350
23 825	39 582	51 741	66 404	79 906	106 228
23 826	39 583	51 742	66 405	79 907	106 593
25 085	40 599	51 743	66 475	79 908	106 064
25 089	40 980	51 744	69 311	79 909	106 065
25 198	44 172	54 131	69 450	79 910	106 066
25 286	44 339	55 616	69 462	84 925	
26 742	44 354	57 093	70 259	87 453	
27 566	44 355	57 094	70 271	87 455	
27 569	51 728	63 083	70 272	90 053	

werden hierdurch für ungültig erklärt.

Den Bäckern und Brothändlern wird untersagt, auf die mit diesen Nummern bezeichneten Brotkarten Brot oder Mehl zu verabfolgen. Sie werden gleichzeitig aufgefordert, die Vorzeiger dieser Brotkarten anzuhalten, ihre Personalien festzustellen und ihnen die Brotkarten abzunehmen.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Derjenige, welcher eines der vorstehend aufgeführten Brotkartenhefte der Geschäftsstelle Breite Straße 40 I. abliefert oder den augenblicklichen Inhaber derart nachweist, daß er gerichtlich belangt werden kann, erhält eine Belohnung von Mk. 5.— für jedes Brotkartenheft.

Lübeck, den 29. Juni 1917. 1618

Das Polizeiamt.

Bekämpfung der Treibriemendiebstähle.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. Dezember 1915 bestimme ich folgendes:

§ 1.

Schuhmacher dürfen Leder, das ihnen von Privatpersonen zur Bearbeitung übergeben wird und seiner Beschaffenheit nach von Treibriemen herrühren kann, nur dann zur Bearbeitung annehmen, wenn die Person ihnen bekannt ist oder sich durch Wohnungsmeldeschein oder sonstige behördliche Schriftstücke ausweist.

In jedem Fall ist Name und Wohnung der Person genau aufzuschreiben und binnen 24 Stunden bei der Polizeibehörde, in deren Bezirk die Schuhmachermeisterei liegt, schriftlich anzuzeigen.

§ 2.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen werden, soweit die allgemeinen Strafgesetze keine höheren Strafen bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstände kann auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

§ 3.

Diese Bekanntmachung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Der stellv. kommandierende General
v. Falk,
General der Infanterie.

(1625)

Kaninchenfutter.

Die Rübenblätter der Stadtgärtnerei ist ab **Dienstag,** dem 3. Juli, in den **Anlagen am L. Wall.** Die Ausgabe der Nummern erfolgt **mittags von 12—1 Uhr beim Verarbeiter** daselbst. Preis für den Korb 20 ₰.

Infolge anhaltender Trockenheit findet nur eine beschränkte Abgabe statt. Futter wird **nur abends von 6—8 Uhr** verteilt.

1627 **Das Bauamt, Abteilung Gartenbau.**

Bekanntmachung.

Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung des Reichskanzlers über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 sind vom Montag, dem 2. Juli 1917 ab folgende Höchstpreise festgesetzt oder bleiben fernerhin in Gültigkeit:

	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
1. Spinat (Blattspinat)	28 Pfg.	34 Pfg.	45 Pfg.
2. Rhabarber	8 „	10 „	14 „
3. Frühwirsingkohl	22½ „	25 „	35 „
4. Spitzkohl	15 „	17½ „	28 „
5. Kohlrabi	22 „	25 „	35 „
6. Erbsen a) gereifte	35 „	43 „	55 „
„ b) gedrillte	18 „	22 „	30 „
7. Mairüben	15 „	18 „	25 „
8. Steckzwiebeln mit Kraut	25 „	30 „	40 „
9. Mohrrüben (rote Wurzeln) mit Kraut nicht länger als 10 cm	25 „	30 „	40 „
10. Erdbeeren I. Wahl	55 „	65 „	85 „
„ II. „ für Verarbeitungszwecke	30 „	36 „	45 „
Walderdbeeren u. Monatserdbeeren	100 „	120 „	150 „
11. Stachelbeeren	30 „	35 „	45 „
12. Kirschen aller Art	40 „	55 „	70 „
13. Bickbeeren	30 „	38 „	50 „

frei Bahnhof Versandort

Sämtliche Preise gelten für ein Pfund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Ausländisches Obst und Gemüse.

Für die von der Städtischen Obst- und Gemüsestelle bezogenen ausl. Obst- und Gemüsesorten sind die Kleinhandelspreise gültig, die täglich an der Tafel in der Markthalle veröffentlicht werden. Alle Verkäufer sind verpflichtet, bei den betreffenden Obst- und Gemüsearten die Preise deutlich erkennbar auszulegen. Eine Ueberschreitung dieser Preise ist strafbar.

Lübeck, den 30. Juni 1917. (1624

Landesstelle für Gemüse und Obst

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Verbrauchszucker.

Die Abgabe von Zucker an die Verbraucher erfolgt im Monat **Juli** auf die sechs Abschnitte R I bis R VI des Lebensmittelbuches und zwar dürfen auf jeden dieser Abschnitte

125 Gramm für jede Person

abgegeben und entnommen werden.

Die Inhaber der Lebensmittelbücher haben in den Kopf des Berechtigungsscheines **R** das Wort „Zucker" einzufügen, so daß die Unterschrift lautet: „Berechtigungsschein zum Bezuge von Zucker".

Binnenschiffer dürfen auf jeden Abschnitt der Binnenschifferkarte 90 Gramm Zucker erhalten und entnehmen.

Lübeck, den 30. Juni 1917. (1619

Das Polizeiamt.

Eine Bekanntmachung betreffend „Beschlagnahme von reiner Schafwolle, Kamelhaaren, Mohair, Alpaka, Kaschmir sowie deren Halberzeugnissen und Abgängen" — Nr. W. I. 1770/5. 17 KRA. vom 1. 7. 17 —, ferner eine Bekanntmachung betreffend „Beschlagnahme und Bestandserhebung der deutschen Schafschur und des Wollgefälles bei den deutschen Gerbereien" — Nr. W. I. 1771/5. 17 KRA. vom 1. 7. 17 — und eine Bekanntmachung betreffend „Beschlagnahme und Höchstpreise von Tierhaaren, deren Abgängen und Abfällen sowie Abfällen und Abgängen von Wollfellen, Haarfellen und Pelzen" — Nr. W. I. 1772/5. 17 KRA. vom 1. 7. 17 — werden heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht.

Altona, den 1. Juli 1917. (1616

Stellv. Generalkommando IX. A.-K.

Eine Bekanntmachung betreffend „Beschlagnahme, Bestandserhebung und Höchstpreise für Salzsäure" vom 1. Juli 1917 Nr. 1/7. 17. A. 10 wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht. (1617

Altona, den 1. Juli 1917.

Stellv. Generalkommando IX. A.-K.

Liebesgaben für das Heer.

Erwünscht: **Rauchmaterial, Kautabak, eingemachtes und trockenes Obst, Rotwein, alkoholfreie Getränke, Musikinstrumente, gute neue Bücher.** Annahme St. Annenstraße 2. **Hauptsächlich erbeten werden jedoch Geldspenden.** Einzahlung entweder St. Annenstraße 2 oder Vorschuß- und Spar-Vereins-Bank.

Um reichliche Zuwendungen bittet herzlich (1612

Die Liebesgaben-Abteilung der Vereine vom Roten Kreuz.

Eine Zeitungsausträgerin
für Fackenburg, Stockelsdorf und nächste Umgebung zu sofort gesucht.
Zu melden in der Exped. d. „Lübecker Volksboten" Johannisstraße 46.

3. 1. Okt. e. frdl. 2- od. 3-Zim.-Wohn. mit Gas v. ruh. Leut. ges. Ang. unt. M 23 an die Exp. (1622

Billig zu verkaufen ein groß. Regulator (Antik), zwei Waschtische. (1628
Belzerstraße 5, I.

7 Legehühner mit Hahn zu verkaufen. (1620
Finkenstr. 1 b.

Säcke versch. Art, a. beschädigt, gr. u. kl. Posten, kauft zu höchsten Preisen (1615
B. Tesmer, Dankwartsgr. 15.

Zu kaufen gesucht (1614
Hausstandslumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waisenhofstr. 25.
Telephon 2430.

Verlor. 2 Herrenkragen.
Bitte abzugeben (1621
F. Boye, Vorwerk, Dorfstr. 23.

Wer zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Leder, Zeltstoffe, Fahrradmäntel, Filz usw. selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich die
Nähahle Stepperin D.R.G.M.
Solide, beste Konstruktion. Näht Steppstich wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis **Mk. 2.50** mit Nadelsortierung und Leinenzwirn, verpackt und postfrei. In Lederhandlungen käuflich oder direkt durch
Joh. Zucker
Stuttgart-Botnang.
1611

Dr. Hennings 1623
verreist am 6. Juli.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (1613
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher, Hüxstr. 71.

Großindustrie und Kriegswirkungen.
Von Richard Woldt.
Preis 10 Pfg.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Stadthallen-Sommertheater 1626
Dienstag, den 3. Juli 1917:
Zum letzten Male:
Die beiden Seehunde.
Mittwoch, den 4. Juli 1917:
Die Landstreicher.
Donnerstag, den 5. Juli 1917:
Die Landstreicher.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Nr. 152
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag, den 2. Juli 1917

Die deutsche Friedensarbeit in Stockholm.

Reichstagsabgeordneter Richard Fischer, einer der deutschen Delegierten auf der Stockholmer Vorkonferenz, sprach am Donnerstag abend in der Parteiorganisation des Bezirks Groß-Berlin über die Stockholmer Konferenz. Der große Saal im Lehrervereinshaus war gefüllt, besonders mit Frauen.

Genosse Fischer geißelte einleitend in packenden und bewegten Worten den Kriegswahnsinn, der in den kriegführenden Ländern noch immer vorherrsche. Die Internationale sei nicht in der Lage gewesen, den Krieg zu verhindern, aber vom Kriegsbeginn an habe die deutsche Sozialdemokratie versucht, mit den Genossen in den Ententeländern zusammenzukommen. Dafür habe sie nur Hohn und Spott geerntet. Dann kamen im Frühjahr dieses Jahres die Anregungen des Internationalen sozialistischen Komitees zu einer Konferenz in Stockholm. In allen Ländern wurde diese Anregung freudig begrüßt, ebenso die Revolution in Rußland. Diese Revolution war der glänzendste Beweis für die Richtigkeit des Verhaltens der deutschen Sozialdemokratie während des Krieges. Der Sturz des Zarismus wäre nicht gekommen, ohne die fürchterliche Niederlage der zaristischen Heere. Diese Niederlage war aber die Folge der Geschlossenheit und der Hingebung des deutschen Volkes für die Verteidigung des Landes. Hätte die deutsche Sozialdemokratie Zwietracht, Mißtrauen und Unlust in die Reihen des Heeres getragen, so hätte Hindenburg seine Siege nicht erfochten, die russische Dampfwalze wäre über Deutschland gegangen, der Zar wäre als Sieger in Berlin eingezogen und Herrscher in ganz Europa geworden. Das Verhalten der Sozialdemokratie während des Krieges hat erst die Siegesmacht Deutschlands und die russische Revolution bewirkt.

Redner geißelte dann die heuchlerischen Phrasen der Ententeregierungen, insbesondere die Amerikas, über die angebliche Menschenbefreiung. Diese Regierungen haben die Menschheitsrechte geradezu mit Füßen getreten. Sie suchten die Konferenz mit allen Mitteln zu hintertreiben. Nicht nur den eigenen Delegierten wurden die Pässe nach Stockholm verweigert, auch der dänische Genosse Borgbjerg mußte wochenlang an der russischen Grenze in Haparanda liegen bleiben, ehe die englische Kontrolle ihn nach Petersburg gehen ließ. Die deutsche Regierung dagegen hat auch den Gegnern der Kriegskredite die Pässe nach Stockholm gegeben. Das ist eine prächtige Illustration des angeblichen Bestrebens der Entente, für Einführung der Demokratie in ganz Europa, besonders in Deutschland und Oesterreich, zu kämpfen. England hat im neutralen Ausland Zeitungen gekauft und Politiker bestochen, und damit die ganze öffentliche Meinung zugunsten der Entente beeinflußt. Nicht nur die Ententeländer, sondern auch das ganze neutrale Ausland steht unter englischer Vormundschaft und Kontrolle. Bei der systematischen Absperrung Deutschlands von den übrigen Ländern war über die Friedenstätigkeit der deutschen Sozialdemokratie so gut wie nichts ins Ausland gedrungen; dagegen waren aber die abscheulichsten Gerüchte, durch technisch glänzende Illustrationen belegt, weit verbreitet worden. Deutschland gilt im Ausland als das Land der Barbaren. Das hat in erster Linie die alldeutsche Agitation und Literatur verschuldet. Als unsere Heere im Osten und Westen siegreich waren, wollten die alldeutschen Annexionisten ganz Belgien, halb Frankreich, Polen, neue Kolonien usw. an sich reißen und deren Bewohner der Willkür und Ausbeutung des Kapitalismus überantworten. Mit einer wahren Wollust wurden solche Nachrichten im Auslande verbreitet und sie als das Ziel des gesamten deutschen Volkes hingestellt. Die deutsche Regierung ist dieser verbrecherischen Propaganda nicht entgegengetreten und sie hat versäumt, im neutralen Ausland einen deutschfreundlichen oder wenigstens wahrheitsgemäßen Nachrichtendienst zu schaffen, während die Entente Millionen und aber Millionen für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung zuungunsten Deutschlands ausgab. Auch die Dänen- und Polenpolitik, die Kulturkämpfe, die Sozialistenhetze, die Deutschland ein ganzes Menschenleben lang bloßgestellt hat, sind im Auslande noch nicht vergessen. Der Respekt vor der deutschen Wissenschaft und Kultur ist dagegen verloren gegangen. Man traut auch dem deutschen Volke im Auslande nicht mehr. Deshalb ist es die höchste Zeit, daß Deutschland demokratisiert wird, damit es die frühere Stelle im Range der Völker wieder einnimmt.

Unter diesen Vorurteilen gegen Deutschland hat selbstverständlich auch die deutsche Sozialdemokratie im Auslande zu leiden. Sie gilt als die Verbündete der Regierung, die der wildesten Eroberungssucht der Alldeutschen nicht entgegentritt. Und da die deutsche Regierung im Auslande als diejenige angesehen wird, die mit der österreichischen den Krieg provoziert hat, so wird auch die deutsche Sozialdemokratie zur Mitschuldigen des Kriegs gestempelt, weil sie der Regierung die Kriegskredite bewilligt hat. Von den Erklärungen der deutschen Sozialdemokratie im Reichstage und in der deutschen Parteipresse, von der ganzen Friedensarbeit der deutschen Sozialdemokratie, ist nichts in das Ausland gedrungen, wohl aber die nichtswürdigen Flugblätter der Unabhängigen. Das Treiben der Unabhängigen und Ueberradikalen sowie die alldeutsche Propaganda sind die größten Hindernisse, die im Auslande unseren Friedensbestrebungen und einem baldigen Frieden entgegenstehen.

Das meiste von dem, was die deutschen Delegierten in Stockholm schwarz auf weiß vorbrachten, war manchen Konferenzmitgliedern völlig neu und überraschte dermaßen, daß die Konferenz ohne Widerspruch einstimmig beschloß, auch die Ententesozialisten aufzufordern auch den gleichen Nachweis ihrer Tätigkeit zur Erlangung eines baldigen Friedens zu erbringen, wie das die Deutschen getan hatten. Offenbar wollten aber die Ententesozialisten in Stockholm nur die Schuldfrage aufrollen, und da für sie feststand, daß Deutschland und somit auch die deutschen Sozialisten am Kriege schuld seien, so sollte in Stockholm die deutsche Sozialdemokratie als die Schuldige gerichtet werden. Die deutschen Delegierten haben aber von vornherein ein solches Tribunal abgelehnt, doch den Stier an den Hörnern gefaßt, und in der nächsten Sitzung hat Genosse David eine glänzende Rede über die Schuldfrage gehalten, die demnächst der Oeffentlichkeit übergeben wird.

In Stockholm sollte zunächst mit den deutschen Unabhängigen verhandelt werden, und es mußten die Delegierten der deutschen sozialdemokratischen Partei vier Tage lang in Kopenhagen warten. Die Unabhängigen kamen aber nicht, aber sie sandten von Tag zu Tag eine andere Ausrede über ihr Nichterscheinen. Sie glaubten wohl, dadurch die Konferenz hinfällig zu machen. Schließlich sind sie aber doch nach Stockholm gegangen. — Jetzt ist die allgemeine Konferenz vertagt worden, da die französischen und englischen Delegierten nicht in der Lage seien, rechtzeitig in Stockholm einzutreffen. Aber selbst wenn das ein Verschleppungsmanöver sein sollte, steht jetzt fest, daß der russische Arbeiter- und Soldatenrat gewillt ist, einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigung herbeizuführen. Man kann also sagen — und das ist auch die Meinung des Stockholmer Komitees, daß das, was die Stockholmer Konferenz wollte, auch erreicht worden ist.

Kein vernünftiger Mensch konnte annehmen, daß die Konferenz den Frieden bringen konnte; sie konnte das ebensowenig wie die Sozialdemokratie den Krieg verhindern konnte. Die Konferenz wollte und konnte nur die Grundlage schaffen für eine Verständigung der Sozialdemokratie in den verschiedenen kriegführenden Ländern. Es bestehen noch so viele mißverständliche Vorurteile und Irrtümer, für deren Beseitigung eine gemeinsame Grundlage geschaffen werden mußte. Haben wir uns erst verständigt, dann ist die Pflicht gegeben, die breiten Massen des Volkes aufzuklären, damit auch diese für den Frieden wirken und agitieren und damit auf die dem Frieden widerstrebenden Regierungen ein Druck ausgeübt wird.

Redner zweifelt keinen Augenblick daran, daß die deutsche Regierung einen billigen Frieden, auch einen solchen auf Grundlage des Stockholmer Memorandums, abschließen würde, aber es fehlt ihr der Mut dazu, eine entsprechende Erklärung abzugeben. Es gilt, der Regierung diesen Mut einzuflößen, ohne den der Friede nicht kommen wird. Wir haben die ganze Welt von Feinden militärisch abgeschlagen. Belgien, Nordfrankreich, Polen, Rumänien, Serbien und Montenegro erobert, aber eine militärische Entscheidung, die den Gegner auf die Knie zwingen würde, ist bisher nicht gefallen und wird auch weder auf unserer noch auf der Seite unserer Feinde fallen. Rußland kann nicht mehr kämpfen, aber es kann auch keinen Sonderfrieden schließen. Welch' unermeßliche Wirkung würde aber die Erklärung der deutschen Regierung auf Frankreich ausüben, Deutschland wolle einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigung sowohl nach Osten wie nach Westen! In Frankreich ist die Friedenssehnsucht genau so stark wie bei uns, und nicht nur in der sozialdemokratischen Partei, sondern namentlich in der französischen Bauernschaft; sie ist so stark, daß der Minister Viviani den Entwurf eines Gesetzes eingebracht hat, durch das jede Friedenssehnsucht unmöglich gemacht werden soll. Das einfachste Gebot der Klugheit müßte die deutsche Regierung auch veranlassen, die Volksrechte zu vermehren und die Klassenrechte abzuschaffen. Aber weder durch die Osterbotschaft noch durch den Reichsverfassungsausschuß ist bisher etwas erreicht worden. Alle durchgreifenden Vorschläge wurden im Verfassungsausschuß abgelehnt. Die besitzende Klasse will ihre Privilegien nicht aufgeben. Sie wird sie nicht aufgeben, wenn das Volk nicht die Macht hat, sie zum Verzicht zu zwingen. Wir werden auch die Demokratisierung des Reiches nicht erhalten, wenn wir sie uns nicht erkämpfen. Daher muß alle Kraft eingesetzt werden, um die Regierung dahin zu bringen, daß sie sich für einen Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen erklärt, und daß endlich die Demokratisierung Deutschlands einsetzt.

Freilich ist die Macht der Sozialdemokratie durch frivole Hände geschwächt und gespalten. Es gilt daher, unermüdlich unsere Parteiorganisationen zu stärken und sie widerstandsfähig zu machen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit muß für die Organisation gearbeitet werden. Wir müssen die Jugend und die Frauen für uns gewinnen. Kein Genosse darf sich als zu alt fühlen, um nicht die Kleinarbeit mit zu übernehmen, die die Partei in früherer Zeit groß gemacht hat. Mit der Beitragszahlung allein ist es nicht getan. Arbeiten, agitieren und wirken vor allem für die schärfste Waffe des Proletariats, die Parteipresse, ist Aufgabe eines jeden Genossen.

Schwere politische und wirtschaftliche Kämpfe stehen uns bevor, mag der Krieg ausgehen wie er will. Die wirtschaftliche Macht des Unternehmertums ist in diesem Kriege riesig gewachsen und die Macht der Arbeiterklasse ist durch eigenes Verschulden während des Krieges geschwächt worden. Ohne starke politische und gewerkschaftliche Organisationen sind aber die kommenden Kämpfe nicht siegreich zu bestehen. Darum gilt mehr als je der Ruf: Organisiert Euch politisch und gewerkschaftlich, arbeitet für die politische und gewerkschaftliche Organisation, stärkt Eure Presse! Dann wird auch das erreicht werden, was die Stockholmer Konferenz vorgearbeitet hat: der baldige Frieden, eine freiheitliche Entwicklung im Innern und eine starke Arbeiterbewegung!

Dem Redner wurde während seines Vortrages vielfache Zustimmung zuteil, und er erntete seiner ruhigen, sachlichen und überzeugenden Ausführungen lebhaften Beifall. Eine Diskussion über den Vortrag wurde nicht beliebt. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in der die Versammlung ihr Einverständnis mit der Tätigkeit der deutschen Delegierten in Stockholm ausdrückt, und in welcher der Wunsch niedergelegt ist, daß die Delegation auch weiterhin für die baldige Erreichung des Friedens wirken möge.

Ernste Worte zur Kohlenversorgung.

Oberbürgermeister Koch-Kassel veröffentlicht einen beachtenswerten Artikel, in dem er davor warnt, daß in dieser überaus wichtigen Frage erst dieselben Kinderkrankheiten durchgemacht werden, die man bei der Lebensmittelversorgung habe durchmachen müssen. Er führt u. a. aus:

Alle diese Fehler in der Kohlenfrage wären nicht möglich, wenn man bei der Einsetzung der leitenden Stellen nicht wiederum, wie manchmal anfangs auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, auf den Fehler verfallen wäre, zu glauben, daß es für die leitenden Stellen allein auf die Kenntnisse auf dem Gebiete der fraglichen Ware, hier also der Kohle, ankomme. Heute kommt es bei allen Versorgungsregelungen in erster Linie darauf an, daß die leitenden Stellen die vielen, manchmal schmerzlichen allgemeinen Erfahrungen miterlebt haben, die wir in Deutschland in drei schweren Kriegsjahren auf dem Gebiete der Erfassung und Verteilung von Bedarfsartikeln gesammelt haben. Männer, die **zu organisieren gelernt haben, gehören in die Leitung.** — Am bedenklichsten aber scheint mir der Umstand, daß man sich in den leitenden Stellen nach deren eigenem Zugeständnis bis zum April dieses Jahres hinein von den eigentlichen Ursachen der Kohlennot überhaupt keinen Begriff gemacht hat, sondern sie lediglich als eine **Beförderungsfrage** anstatt einer **Förderungsfrage** angesehen hat. Wer, um diese Kenntnis zu erlangen, kostbare Monate verstreichen läßt, lädt eine schwere Verantwortung auf sich. Die Kohlenfrage ist von einer Bedeutung, die die Lebensmittelfrage beinahe noch übertrifft. Jeder verständige und ruhige Mann wird über Mängel in der Ernährung hinwegkommen, da er außerhalb der Mahlzeiten anderes zu denken und zu treiben hat. Wer aber durch eine kalte Wohnung oder kalte Bureauräume zur Untätigkeit gezwungen wird, wer zeitweise arbeitslos wird, weil seine Fabrik wegen Kohlenmangels schließen muß, dessen Stimmung ist rettungslos verloren. Es kommt aber noch hinzu, daß auch die Lebensmittelfrage selbst im nächsten Winter mehr und mehr zu einer Kohlenfrage werden wird. Die Kohlen zur ausreichenden Beheizung des Herdfeuers müssen sicher-

---

Es saust das Rad . . .

Eine Erzählung aus dem amerikanischen Arbeiterinnenleben.

Von Dorothy Richardson.

Einzig berechtigte Uebersetzung von Werner Peter Larsen.

21. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Wohnen Sie immer hier?" fragte ich sie.

„Nein, ich habe bis jetzt mit einer Freundin zusammen gewohnt; aber nun hat sie ihre Arbeit verloren und ist vorläufig zu Verwandten aufs Land. Und nun muß ich mich nach einer anderen Wohnung umsehen. . . ."

Da sie gerade von Arbeit sprach, fragte ich sie, ob sie vielleicht für mich irgendeine Arbeit wisse.

Aber sie schüttelte den Kopf. Sie war Schürzennäherin und arbeitete in einer großen Fabrik am Broadway, die ihre Arbeiterinnen geradezu schamlos ausbeutete; aber sie hatte keine andere Arbeit gelernt, und so mußte sie eben bleiben, wo sie war. Sie schlüpfte in eine kurze, schwarze Jacke und setzte ihren großen eleganten Hut auf; sie war nun so fesch und elegant, daß niemals jemand geglaubt hätte, sie komme aus einer Zehn-Cent-Herberge.

Der Cerberus, der noch immer an der Tür hockte, musterte uns genau darauf hin, ob wir nicht etwas hatten mitgehen heißen, und dann hatten wir für diesmal den Schlafraum hinter uns und eilten aufatmend die Treppe hinab.

12.

Ich frühstückte um vier Cent in meinem gewohnten Lokal und machte mich auf den Weg zu dem Haus, an dem ich das Plakat gelesen hatte: „Junge Mädchen gesucht, die die Blumenarbeit erlernen wollen. Lohn schon während der Lehrzeit. Vorzustellen Montag früh neun Uhr."

„Blumen und Federn", stand in großen, vergoldeten Buchstaben über dem Eingang zum Geschäft. Ich sprach einige Worte mit einem Abteilungschef, einem hochgewachsenen, liebenswürdigen Herrn mit ringgeschmückten Händen, der mich an den Lift führte und den Führer anwies, mich zu Miß Higgins zu führen. Im dritten Stock sprang die Eisentür auf und ich trat gleichsam in einen prächtigen, in allen Farben leuchtenden Garten. Der ganze Saal lag in Frühlingssonne gebadet, und durch die halb geöffneten Fenster wehte von Zeit zu Zeit ein leiser Wind hinein und brachte Leben in Hunderttausende von Blumen. Wo das Auge hinsah, nichts als Blumen, und Blumen überall! Sie lagen zu riesigen Haufen geschichtet auf den langen, breiten Tischen, sie türmten sich zu leuchtenden Bergen auf der Diele, sie sahen aus allen Schubladen und Schachteln, aus allen Wandschränken heraus. . . .

„Sehen Sie die schwarzhaarige Dame dort hinten?" fragte der Führer und zeigte in das entgegengesetzte Ende des Saales. „Die ist es."

Ich ging einen schmalen Gang zwischen den Arbeitstischen entlang, die wie blühende Hecken aussahen. Zwischen den grünen Zweigen und Blumen leuchteten weiße Blusen und lächelnde Mädchengesichter sahen von den blauen, gelben und roten Blumen auf, während ich an ihnen vorbeischritt.

Hier gab es keinen Maschinenlärm, keine kreischenden Stimmen und kein brüllendes Lachen. Alles war, wie man es um die Frühlingszeit in einem Garten erwartet: ein leises Summen von gedämpften Stimmen, Sonne, ein warmer Wind, und ab und zu, wie aus der Ferne, ein leises, glückliches Lachen. . . .

Die schwarzhaarige Dame saß an einem Tisch und betrachtete sich die vor ihr liegenden großen, roten Rosen, die sie mit den lebenden Rosen zu vergleichen schien, welche in mehreren feingeschliffenen Vasen vor ihr standen. Sie saß ein wenig vornübergebeugt, beide Ellbogen auf die Tischplatte gestemmt, das Kinn in die Hände gestützt, und studierte eifrig eine Rose um die andere.

Sie war so in ihre Arbeit vertieft, daß sie mein Kommen gar nicht bemerkt hatte.

Ich stand eine Weile abwartend, da ich dachte, daß sie doch irgendeinmal aufsehen müsse; aber dann trat ich noch einen Schritt auf sie zu und fragte sie, ob sie Miß Higgins sei. Sie fuhr zusammen, blickte auf, und zeigte im Lächeln zwei Reihen wundervoller Zähne.

„Ja", sagte sie, „das bin ich". Sie war sehr freundlich.

„Haben Sie schon früher einmal in Blumen gearbeitet?" fragte sie.

„Nein."

„Auch nicht in Federn?"

„Auch das nicht."

„Dann will ich Sie für heute einmal an die Blumen setzen und sehen, wie Sie damit fertig werden. Es ist schade, daß Sie sich nicht auf die Federarbeit verstehen, denn die Blumensaison ist in einem Monat vorüber, und dann muß ich die Blumenarbeiterinnen bis September entlassen, während die anderen einfach in den zweiten Stock hinuntergehen. Aber einen Monat werden Sie noch bei uns arbeiten können, und im September können Sie dann ja wiederkommen."

Natürlich war ich mit Freuden bereit, die Arbeit auch auf vier Wochen anzunehmen. — So kam ich also zu Rosenfeld und bekam dreieinhalb Dollar in der Woche und je einen halben Tageslohn Zulage für die Ueberstunden, die seit einem halben Jahr drei bis viermal in der Woche gemacht wurden und auch bis zum Saisonschluß fortdauern würden. Miß Higgins sagte überdies, daß sie mir den Lohn, wenn ich mich geschickt anstelle, in der nächsten Woche auf vier Dollar erhöhen würde.

Eine junge Jüdin, Bessie, sollte mich anlernen, Stiefmütterchen zu machen. Die Sache sah beim Zuschauen eigentlich ganz einfach aus, aber ich merkte bald, daß sie für ungeübte Finger gar nicht so leicht war. Ungeschickt, aber voller Eifer breitete ich das gekräuselte Stückchen Musselin vor mir aus, das noch ganz warm aus der Kräuselmaschine zu uns herüberkam.

„Sie müssen den Stoff nicht allzu glatt ziehen", sagte Bessie, formte hier einige Male, zupfte dort einmal und hielt binnen kurzem ein schönes Stiefmütterchen vor mir hin.

„Uebung macht den Meister", lachte eine andere. „Nur nicht den Mut verlieren."

„Aus ist es zu Anfang auch so gegangen", sagte eine junge Italienerin, die mir gegenübersaß. „Aber wenn man es einmal heraus hat, dann ist es hier gut zu arbeiten. Miß Higgins ist eine Seele von Mensch, und sie behandelt vor allem auch die Neuen sehr anständig.

„Das tut sie", pflichtete Bessie bei. „Es ist noch gar nicht so lange her, daß sie selbst noch Blumen gemacht hat. Ich habe sie oft davon erzählen hören, wie sie den ersten Tag bei Goldberg war."

„Goldberg", sagte eine andere, „um Gotteswillen, das ist ja die entsetzlichste Bude in ganz Neuyork! Ich war mal zwei Tage dort, aber dann habe ich genug gehabt. Wenn die Mädel dort in Streit geraten, dann gehen sie in den Gang hinaus und prügeln sich wie die Viehtreiber. Als ich den ersten Tag dort war, wurden einer auf diese Weise zwei Rippen gebrochen. . . . ."

„Na, und was hat der Goldberg mit ihnen gemacht?"

„Was er gemacht hat? Nichts hat er gemacht. Sie sind denn im Handumdrehen wieder die besten Freundinen geworden und Arm in Arm im Saale spazieren gegangen."

„Ja, so geht es in den billigen Fabriken", sagte Anna Weisson. „Die Mädel werden durch die ganzen Verhältnisse runtergedrückt und verrohen. . . . Ich könnte das ja nicht aushalten. . . ."

Ich mußte unwillkürlich die Gespräche während der Arbeit bei Springer und bei Rosenfeld vergleichen; es war wie eine andere Welt. . . .

„Sind Sie in Amerika geboren?" fragte mich Bessie.

Ich fand, daß das eigentlich eine ziemlich überflüssige Frage sei, bis ich hörte, daß von den acht Mädchen an unserem Tisch nur vier Amerikanerinnen waren. Therese stammte aus Neapel, Amelie aus Oesterreich, Anna aus Norddeutschland, und Nelly aus Killarney in Irland.

„Ich aber bin Amerikanerin", sagte Bessie, und tat im Spaß, als wenn sie außerordentlich stolz darauf wäre.

(Fortsetzung folgt.)

gestellt sein. Wenn wir etwa eine gute Kartoffelernte und eine weniger gute Getreideernte haben, wird die Kartoffel (also die gekochte Nahrung) im nächsten Winter in noch viel höherem Maße als bisher den Schwerpunkt unserer Ernährung bilden, den zu gefährden nicht zu verantworten ist.

Ich weiß mich deshalb mit meinen gesamten Berufsgenossen in der Auffassung einig, daß der Kohlenmangel wohl der ernsteste ist, der unser wirtschaftliches Leben im nächsten Winter bedroht, und daß alles geschehen müßte, aber **wenig geschieht, um ihn zu heilen.** Ich würde das nicht so offen aussprechen, wenn der Mangel unheilbar wäre. Aber gerade bei der Kohle sind wir in der besonders glücklichen Lage, daß **die Kohle in unbeschränkten Mengen vorhanden ist,** und daß es hier nur darauf ankommt, die nötige Tatkraft aufzuwenden, um Material und Personal an die richtige Stelle zu bringen. Man mag bei der Hausbrandkohle so viel rationieren wie man will, alle derartigen Maßnahmen entbinden nicht von der Notwendigkeit, die Erzeugung wesentlich zu steigern. **Kohlenverschwendung wird im großen und ganzen in verhältnismäßig wenigen Haushalten getrieben.** Man vergißt immer wieder, daß das Einkommen von 90 Prozent aller Menschen in Deutschland so gering ist, daß sie im Winter die **Küche als Wohnraum** benutzen, und daß diese Genügsamkeit im Kriege bei Abwesenheit des Ehemannes noch zugenommen hat. Man denkt bei allen diesen Dingen viel zu sehr an die verhältnismäßig wenigen Wohlhabenden, die größtenteils für die Hauptregelung gar nicht in Frage kommen. Eine Herunterrationierung der Bevölkerung auf weniger als 75 Prozent des Friedensbedarfs wird deshalb in der Regel schon zu empfindlichen Entbehrungen führen, namentlich wenn uns wieder ein kalter Winter beschieden sein sollte. Ein Heruntergehen auf 50 Prozent aber würde bedeuten, daß die Bevölkerung sich **nicht an allen Tagen in der Woche warmes Essen zubereiten könnte** und längst vor Ablauf des Winters ihren Kohlenvorrat verbraucht haben würde. Die beste Belieferung der Rüstungsindustrie mit Kohlen hilft auf die Dauer nichts, wenn das kostbarste Gut der Kriegsindustrie, nämlich die Arbeitskraft des Menschen, dadurch beeinträchtigt ist, daß ihm zu Hause die warme Stube und die warme Nahrung fehlt. Der Gedanke, erst die Rüstung, dann das Volk, darf deshalb nicht überspannt werden. Nun kommt aber weiter hinzu, daß eine Ersparnis, die am Hausbrande vorgenommen wird, im Verhältnis zu der Gesamtmenge der Kohlenförderung kaum ins Gewicht fällt. **Der Gesamtbedarf des deutschen Hausbrandes beträgt nur 12 bis 14 Prozent der gesamten Kohlenförderung.** Man würde also, wenn man den Hausbrand auf 50 Prozent herunterrationieren würde, **nur etwa 6 bis 7 Prozent der Kohlenförderung ersparen,** dadurch aber der Bevölkerung Entbehrungen auferlegen, die außer jeglichem Verhältnis zu der damit verbundenen Ersparnis an Arbeitskräften ständen. Mit größtmöglicher Entschiedenheit muß also gefordert werden, daß ein solcher **Raubbau an der Gesinnung und Widerstandskraft der Bevölkerung vermieden wird.** Die Steigerung der Kohlenförderung ist eine unabweisliche Notwendigkeit.

Verbandstag der Metallarbeiter.

Am zweiten Verhandlungstag erhält zunächst der Parteisekretär Dißmann aus Frankfurt a. M. als Vertreter der Opposition das Wort. Er meint, daß durch den Krieg von den Verbandsinstanzen die alten, bewährten Grundsätze, unsere alte Weltanschauung, über Bord geworfen ist. Der jetzige Weg ist unvereinbar mit den Interessen der Arbeiterbewegung, die auf jahrzehntelangem Klassenkampf aufgebaut ist. Die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit ist früher abgelehnt worden, wir arbeiteten in Gemeinschaft mit der Partei auf die Sozialisierung der Gesellschaft hin. Jetzt paktieren die Gewerkschaften nicht nur mit der Regierung, sondern auch mit den Christen und Hirschen. Da Partei und Gewerkschaften gleiche Aufgaben haben, muß auch die Haltung der Partei hier beleuchtet werden. Diese hat durch Bewilligung der Kriegskredite und durch ihre ganze Haltung die alten Grundsätze verraten. Nicht Klassenkampf, sondern Burgfriede ist jetzt die Parole, während bei den bürgerlichen Parteien heute noch die Klassenvertretung geübt wird. Der Metallarbeiterverband kann in der alten Partei nicht mehr seine politische Vertretung erblicken. Das zum Ausdruck zu bringen ist notwendig, nachdem Gewerkschaftsführer und Vorstände der Gewerkschaften Träger der Kriegspolitik der Regierung geworden sind. Was ist denn durch die sogenannte praktische Arbeit erreicht worden? Die Ostersbotschaft? Sie ist ein Wechsel auf die Zukunft. Die Berufung Schlicks in das Kriegsamt? Sie ist ein Brosamen, eine Beruhigungspille für die durch das Hilfsdienstgesetz schwer getroffene Arbeiterklasse. Nur die Vertreter der Unabhängigen Partei haben die Interessen der Gewerkschaften wahrgenommen. Scharf zu verurteilen ist auch die Haltung der Generalkommission bei der Gründung des Eisenbahnerverbandes, wo man auf das Streikrecht verzichtet hat. Die Arbeitseinstellungen kamen aus der Masse heraus als Protest gegen die Herabsetzung der Brotrationen. Die Arbeiter haben kein Vertrauen mehr zu den Führern. Sie können ihre Interessenvertretung nur in der Unabhängigen Partei erblicken. Die Generalkommission können wir in ihrer Unterstützung der Kriegspolitik wegen nicht mehr finanziell unterstützen. Das kommt in dem Berliner Antrag zum Ausdruck. **Die Einheit darf nicht aufrechterhalten werden unter Aufgabe unserer Grundsätze; dann müssen wir, wie bei der Partei, den Schritt unternehmen, der notwendig ist.**

In der Debatte spricht Ulrich (Berlin) im Sinne der Opposition und wendet sich scharf gegen die Generalkommission. Schäfer (Leipzig) wendet sich gegen den Aufruf des Vorstands beim Rüstungsarbeiterstreik. Schwarz (Dresden) meint, der Parteivorstand müßte früher eingreifen. Dißmann hat hier lediglich für die Unabhängigen propagiert. Mit der Phrasenpolitik kommt man nicht vorwärts. Die Opposition kritisiert, sagt aber nie, wie es besser gemacht werden kann. Der Hunger ist der beste Helfer der Opposition. Koch (Hamburg) weist darauf hin, daß Dißmann nur von einem Dutzend Delegierten zum Referenten bestellt worden ist. Er hat nicht den Mut gehabt, für die von der Opposition herausgegebenen Flugblätter einzutreten. Jetzt handelt es sich um die Existenz der Arbeiterbewegung, die geschlossen bleiben muß, wenn sie den kommenden schweren Kämpfen standhalten will. Wer die Einheit gefährdet, besorgt die Geschäfte der Unternehmer. Jansen (Mainz) wirft mit Recht die Frage auf, wer denn überhaupt von den Verbandsmitgliedern politisch organisiert sei und wer der Minderheitsrichtung der Partei angehöre. Die Berliner Resolution will den politischen Streit in die Gewerkschaften hineintragen. Müller (Berlin) behauptet, das Hilfsdienstgesetz sei von den Gewerkschaftsführern mit der Regierung vereinbart worden. Legien (Generalkommission) wendet sich scharf gegen die Opposition, und verlangt den Nachweis, wo die Gewerkschaften von ihrem alten Wege abgegangen sind. Sie sind dasselbe geblieben wie vor dem Kriege und werden auch dasselbe bleiben. Kritisieren ist leicht, aber besser machen hält schwer. Und ferner der Kritiker habe gesagt, wie es besser gemacht werden könnte. Keiner von ihnen habe gesagt, was die Gewerkschaften während des Krieges geleistet haben. Dißmanns Rede gehörte auf den Parteitag. Die Gewerkschaften lehnen es ab, sich für eine neue politische Partei zu erklären. Im übrigen mögen die Unabhängigen ein beweisen, daß sie das, was Grundsatz der Demokratie ist, die Disziplin, anerkennen. Disziplin aber ist notwendig, sonst kommen wir in die Brüche. Es trifft nicht zu, daß die Generalkommission das Streikrecht der Eisenbahner preisgegeben hat. Beim Hilfsdienstgesetz haben wir unsere Zustimmung von der Erfüllung bestimmter Forderungen abhängig gemacht. Die Generalversammlung muß eine klare Stellungnahme zu den hier angeschnittenen Differenzpunkten ergreifen.

In der Abendsitzung des zweiten Verhandlungstages vertraten Dittmann (Hamburg) und Liebmann (Leipzig) den Standpunkt der Opposition. Ersterer meint, daß man bei Anwendung der gleichen Taktik gegenüber der Opposition in den Gewerkschaften dasselbe erleben werde, wie bei der Partei. Liebmann tritt für einen im Oppositionssinne gehaltenen Aufruf an die organisierten Arbeiter Deutschlands ein, in dem die letzteren aufgefordert werden, in ihren Organisationen wieder den alten Geist aufleben zu lassen. Während Brandes (Magdeburg) meint, daß es zu keiner Spaltung kommen dürfe und daß deshalb beide Richtungen sich entgegenkommen müssen, wenden sich Reichel (Stuttgart), Kurth (München) und Siering (Berlin) scharf gegen die Opposition. Siering gibt ein scharf umrissenes Bild der Berliner Vorgänge. Er spricht verschiedene unabhängige Abgeordnete nicht frei von dem Vorwurf, daß sie mit zur Verschärfung der Situation beigetragen haben. Dem Vorschlag der Vertreterversammlung auf Wiederaufnahme der Arbeit, haben s. Zt. neun Zehntel der Streikenden entsprochen, während ein Zehntel unter dem Einfluß der genannten Abgeordneten stehende Streikende die Wiederaufnahme ablehnten. Ein aus unabhängigen Abgeordneten und einigen Arbeitern gebildeter Arbeiterrat hat für die Wiederauflebung des Streiks und Beseitigung der Leitung des Verbandes zu wirken versucht. Ein Schlußantrag beschloß die Debatte.

Am dritten Verhandlungstage hielten Dißmann und Schlicke die Schlußworte. Ersterer hielt eine sehr gereizte Rede, in der er u. a. Legien als schlimmsten Scharfmacher in der Gewerkschaftsbewegung bezeichnete und Propaganda für die Taktik der „Unabhängigen" machte.

Schlicke wies noch einmal die gegen die Verbandsleitung und ihn erhobenen Vorwürfe scharf zurück und betonte wiederholt, daß die Gewerkschaften ihren alten Standpunkt als Klassenkampf-Organisationen nicht aufgegeben haben und auch nicht aufgeben werden. Darauf wird nach Ablehnung eines Antrages, die Berliner Angelegenheit einer Kommission zu überweisen, in namentlicher Abstimmung mit 64 gegen 53 Stimmen nachstehende Resolution Kurth angenommen:

I.

„Die dreizehnte ordentliche Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erblickt in den Anträgen 25 und 27 bis 31 der Vorlage den Ausdruck des geflissentlichen Bestrebens, den Verband von seinen Aufgaben und ihrer Durchführung abzudrängen und ihn weit gesteckten politischen Zielen dienstbar zu machen. Diesen Zweck sollen die in Wort und Schrift ausgesprochenen Herabsetzungen der Gewerkschaften, ihrer Leistungen und Erfolge, sowie die Verdächtigungen ihrer Leitungen und Vertrauensmänner fördern. Diese Agitation soll zunächst die in weiten Kreisen der Arbeiterschaft bestehende Mißstimmung über die lange Dauer des Krieges und ihre Folgen und unter letzteren besonders über die mangelhafte Regelung der Volksernährung, auf die Gewerkschaften und auf ihre Leitungen wegen ihrer angeblichen Tatenlosigkeit übertragen und sie für alle die Arbeiterschaft mehr oder weniger bedrückenden Kriegsmaßnahmen verantwortlich machen. Indem den Arbeitern unter Hinweis auf die Stellung der russischen Arbeiterschaft zu der gegenwärtigen Revolution eine Kraftentfaltung, die sie nach den heutigen Machtverhältnissen gar nicht haben kann, vorgespiegelt wird, soll sie für große politische Massenbewegungen begeistert und zu demonstrativen Arbeitseinstellungen mit politischen Zielen veranlaßt werden. Enden solche Bewegungen, wie vielleicht vorauszusehen, mit einem Mißerfolge, dann wird dieser wieder den Gewerkschaften und ihren Leitungen zur Last gelegt.

Diese Agitation ist im höchsten Grade unaufrichtig. Sie verschweigt die Bemühungen der Gewerkschaften zur Erleichterung des auf der Arbeiterschaft lastenden Druckes, verschweigt die Macht der entgegenstehenden Kräfte und die wahren Ursachen, aus denen Erfolge den gewerkschaftlichen Bemühungen nicht oder nur mäßig beschieden sein können. Diese Agitation ist aber auch verhängnisvoll, weil sie durch ihre Folgen den auf den Arbeitern lastenden Druck noch vergrößert, bei den uns feindlichen Staaten die Hoffnung auf baldigen Zusammenbruch Deutschlands stärkt, deren Angriffswut steigert, die Zahl der Kriegsopfer vermehrt und den Krieg selbst verlängert.

Unter dieser Feststellung lehnt die Generalversammlung die oben genannten Anträge ab, erhebt Einsprache gegen das Bestreben, die Streitigkeiten der politischen Arbeiterbewegung in die Gewerkschaften hineinzutragen und hält nach wie vor an der bisherigen Auffassung über den Zweck des gewerkschaftlichen Kampfes an sich und seiner Anwendung fest. Die Generalversammlung warnt die Verbandsmitglieder vor der gekennzeichneten Agitationsweise, vor den ihr zugemuteten Massenbewegungen für politische Zwecke sowie vor allem im Widerspruch mit der bisherigen Taktik und Verbandssatzungen stehenden Arbeitsniederlegungen. Sie fordert die Verbandsmitglieder auf, sich solchen die Einigkeit und Geschlossenheit unserer Mitgliedschaft gefährdenden Treibereien zu widersetzen.

II.

Zur Führung des gewerkschaftlichen Kampfes bedarf die Arbeiterschaft einer gesicherten gesetzlichen Grundlage. Die Hemmnisse in der Ausübung des Koalitionsrechtes durch § 153 der Gewerbeordnung und die Anwendung des Erpressungs- und Nötigungsparagraphen auf die gewerblichen Lohnkämpfe müssen durch Neuordnung des Koalitionsrechtes beseitigt werden. Die Generalversammlung erwartet von den Vertretern der Arbeiterschaft im Reichstage eine entschiedene Vertretung der Arbeiterforderungen im Sinne der Ausgestaltung aller die Rechte der Arbeiterschaft berührenden Gesetze. In sozialpolitischer Hinsicht durchgreifende Umgestaltung der Arbeiterversicherung, die Schaffung eines klaren und einheitlichen Arbeiterrechtes, die Regelung der Arbeitsnachweise, Einführung der Reichsarbeitslosenversicherung und Förderung des gewerblichen Schlichtungswesens.

III.

Aus dieser Erkenntnis heraus betrachtet die Generalversammlung die vom Internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellten Arbeiterforderungen für einen künftigen Frieden als geeignete Grundlage für seine baldige Herbeiführung. Eine eifrige Wirksamkeit aller Arbeiterschaften im Sinne dieser Forderungen dient der Annäherung der verschiedenen Länder und damit einem dauernden Frieden."

Der erwähnte Aufruf der Opposition wird mit 73 gegen 44 Stimmen, die auch schon kurz berichtet, abgelehnt.

Am Nachmittag findet ein Ausflug statt.

Wirtschaftliches.

Weitere Holzpreiserhöhung. Der Verein Bremer Holzhändler und der Verein deutscher Holzeinfuhrhäuser erhöhten ab 1. Juli die Preise für nordische Hölzer um weitere 10%.

Gewerkschaftsbewegung.

Internationaler Seemannsverband unter Ausschluß der Deutschen. Der Vorsitzende der englischen Seemanns- und Heizer-Union, Wilson, teilt mit, daß alsbald eine internationale Konferenz für alle Seeleute einberufen werden soll. In dieser Konferenz sollen die Hauptlinien für die Maßnahmen festgelegt werden, die man in Zukunft nach dem Kriege besonders Deutschland gegenüber ergreifen wolle. Da die Seemanns-Verbände von Frankreich, Italien, Schweden, Dänemark und Holland sich mit der Einberufung der Konferenz einverstanden erklärt hätten, rechne man bestimmt auf Delegierte aus diesen Ländern. Auch von den Seeleuten in Australien, Neuseeland und Kanada würden Vorbereitungen zur Teilnahme an der Tagung getroffen.

Kommunales.

Die ersten Frauen im Berliner Magistrat. In einer nichtöffentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde am Donnerstag je eine Frau in die Deputation für die städtischen Krankenanstalten, in das Kuratorium der städtischen Heimstätten, in das Kuratorium für die städtischen Hospitäler, in die Gewerbe-Deputation, in die städtische Stiftungsdeputation, in die Deputation der städtischen Blindenpflege, in die Deputation des Gesinde-Belohnungsfonds und in die Deputation der Schulspeisung gewählt. Mehrere Wahlen von Frauen wurden noch ausgesetzt.

Frauenbewegung.

Die Frauenreichskonferenz. Am 7. und 8. Juli findet, wie bereits berichtet, in Berlin eine Frauenreichskonferenz für die Delegierten aus dem Reiche statt, zu der der Parteivorstand eingeladen hat. Auf der Tagesordnung stehen die Vorträge über „Frau und Kriegswirtschaft" von Gertrud Hanna, „Organisationsfragen" von Marie Juchacz und das „Stimmrecht" von Wally Zepler. Es ist mit großer Freude zu begrüßen, daß endlich wieder ein Ruf der Sammlung durch diese Konferenz an die proletarischen Frauen ergeht und die Gelegenheit, Stellung zu nehmen zu den außerordentlich wichtigen Fragen, vor allem der Organisation, über die zurzeit eine jede fruchtbare Tätigkeit hemmende Unklarheit in weiten Kreisen herrscht. Daß es höchste Zeit ist, auch die Organisation der Frauen wieder fester zu fügen und aufzubauen, darüber kann kein Zweifel sein. Aber gerade aus diesem Grunde hätten weite Kreise der Genossinnen gewünscht, daß diese Konferenz als erste Gelegenheit die darniederliegende Organisationsarbeit wieder zu beleben, sich nicht in gar so engen Rahmen hielte und nur den Delegierten und wenigen Karteninhabern zugänglich bliebe. Hoffentlich bringen die Delegierten die weitverbreitete Meinung der Genossinnen auf der Konferenz zum Ausdruck, der Konferenz so weiten Spielraum zu lassen, wie die Kriegsgesetze irgend gestatten.

Aus dem Gerichtssaal.

Dritter Tag des Prozesses Kupfer. Auch der dritte Verhandlungstag bringt keine aufsehenerregenden Zwischenfälle. Zeuge auf Zeuge erscheint, alle legen eintönig ihr Geschäftsverhältnis mit der Frau Kupfer auseinander, das in Einzahlungen und Abhebungen bedeutender Gewinne bestand. Nur die letzten Einleger sind wirklich schwer geschädigt. Besonderes Glück hatte ein Kaufmann Erich S., der am Tage der Verhaftung der Frau Kupfer in deren Bureau erschien, um ihr eine Viertelmillion anzuvertrauen. Er wurde sein Geld nicht mehr los.

Im Prozeß gegen den Kaufmann Leopold Katzenellenbogen, Posen, wegen Verkaufs beschlagnahmten Getreides und Ueberschreitung der Höchstpreise wurde der Angeklagte zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und 875 020 Mark 65 Pfg. Geldstrafe verurteilt. Acht Monate 25 Tage wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. An Stelle der Geldstrafe tritt für je 15 Mk. ein Tag Gefängnis bis zur Höchstdauer von zwei Jahren. Gegen Stellung einer Kaution von 300 000 Mk. wurde die Haft aufgehoben.

Plünderung von Lebensmittelläden. Wolff meldet: In Düsseldorf wurde am Donnerstag, 28. Juni, am Vorabend von Peter und Paul, eine Anzahl von Lebensmittelläden durch Frauen und halbwüchsige Burschen geplündert. Beteiligung feindlicher Ausländer, Belgier und Russen, wurde dabei festgestellt. Eine größere Anzahl davon wurde verhaftet und sieht strenger Bestrafung entgegen. Das aus diesem Anlaß eingesetzte außerordentliche Kriegsgericht sprach schon am 30. Juni fünfzehn Urteile aus, darunter bis zu sechs Jahren Zuchthaus.

Der Senator als Kriegslieferant. Aus Hannover berichtet das Wolffsche Bureau: In dem Prozeß gegen den Senator Leopold Fischer aus Linden, dem strafbare Verfehlungen im Zusammenhang mit Kriegslieferungsgeschäften vorgeworfen wurden, ist von der Hilfsstrafkammer I nach einer länger als sieben Wochen dauernden Verhandlung das Urteil gefällt worden. Der Angeklagte ist wegen Betruges in 14 Fällen und Betrugsversuch in einem Falle zu einer Gesamtstrafe von zehn Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 14 500 Mark verurteilt worden. Im Nichtzahlungsfalle soll für je 15 Mk. Geldstrafe ein Tag Gefängnis, bis zu dem Höchstbetrage zwei Jahre Gefängnis, treten. Die Gefängnisstrafe gilt durch die erlittene Untersuchungshaft, die länger als ein Jahr und sechs Monate dauerte, als verbüßt. Da ein Fluchtverdacht nicht mehr besteht, wird der Angeklagte aus der Haft entlassen. Seitens der Verteidiger des Angeklagten, die sämtlich auf Freisprechung plädiert haben, wird Revision eingelegt.

Munitionsschwindler. Die Strafkammer des Landgerichts Nürnberg verurteilte den Munitionslieferanten Robert Rosenthal, Nürnberg, der bereits seit einem Jahre in Untersuchungshaft sitzt, weil er nach der Anklage zurückgewiesene unbrauchbare Granaten mit einem eigens angefertigten falschen Militärstempel versehen und dann wieder zur Ablieferung gebracht hat, nach achttägiger, streng geheim durchgeführter Verhandlung, zu der über 100 Zeugen und Sachverständige geladen waren, zu 3½ Jahren Gefängnis unter Anrechnung von ½ Jahr Untersuchungshaft und 5 Jahren Ehrverlust.

Aus Nah und Fern.

Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich in Gatow (Provinz Brandenburg) zugetragen. Ein dort wohnender Kriegsteilnehmer, der gegenwärtig auf Urlaub in der Heimat weilt, hatte aus dem Felde zum Andenken eine Handgranate mitgebracht. In seiner Abwesenheit machte sich seine 10jährige Tochter an der Granate, die frei auf einem Schrank des Wohnzimmers stand, zu schaffen. Dabei entfiel ihr die Granate und explodierte. Das Mädchen und die im Zimmer weilende Mutter wurden schwer verletzt und mußten nach dem Krankenhaus geschafft werden.

Fürsorge für Kinder von Rüstungsarbeiterinnen. Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat einen Betrag von 50 000 Mk. zur Förderung der Kinderfürsorge zur Verfügung gestellt. Es handelt sich vornehmlich um die Fürsorge für Kinder von Müttern, die in der Rüstungsindustrie arbeiten. Die Durchführung der Fürsorge soll durch den unter Leitung des Stadtrats Sassenbach arbeitenden Kriegsausschuß geschehen.

Wohnungsnot in Christiania. Im April wurden in Christiania 800 wohnungslose Familien festgestellt. Seitdem ist die Wohnungsnot noch weiter gestiegen, und eine jetzt vorgenommene neue Zählung hat über 1000 Familien festgestellt, die keine Unterkunft finden können.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.